

Pozener Tageblatt

Bezugspreis: Postkarte (Polen und Danzig) 4.39 zl. Polen Stadt in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 4 zl. durch Boten 4.40 zl. Provinz in den Ausgabestellen 4 zl. durch Boten 4.30 zl. Unterstreifband in Polen und Danzig 6 zl. Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rm. Einzelnummer 0.20 zl. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die Chefredaktion des „Pozener Tageblattes“, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernsprecher 6105, 6275. Telegrammanskript: Tagesschiffkontor in Polen Poznań Nr. 200 288 (Concordia Sp. A. Druckerei Poznań i Wydawnictwo Poznań). Postcheckkonto in Deutschland: Breslau Nr. 6184.



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgehaltene Millimeterzeile 15 gr, im Textteil die viergehaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland und übriges Ausland 10 bzw. 50 Goldpfennig. Platzvorschrift und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenanfragen: „Kosmos“ Sp. z o. o. Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheckkonto in Polen: Poznań Nr. 207 915, in Deutschland: Berlin Nr. 156 102 (Kosmos Sp. z o. o. Poznań). Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań.

73. Jahrgang

Freitag, 13. April 1934

Nr. 82

Grätz Gott, Herr Bürgermeister!

Die neuen Männer
im Wiener Rathaus
(Von unserem Wiener pf-Mitarbeiter.)

Wien, Mitte April.

Es geht doch nichts über die Sehhaftigkeit eines verdienten christlich-sozialen Parteibeamten! Wien hat also nun nach siebenwöchiger kommissarischer Verwaltung wieder einen Bürgermeister — und es besteht kein Zweifel darüber, daß sich der frühere Sozialminister Schmitz im Wiener Rathaus außerordentlich wohlfühlen wird. Die Heimwehrleute stehen freilich noch heute darüber, daß ihnen ein „Schwarzer Bonze“ den Rang abgelaufen hat. Während die Heimwehrleute immerhin in der Bürgerkriegswoche im Feuer standen und blutige Verbüllste davontrugen, hielten sich die Christlich-Sozialen auf Geheizt Dollfuß hübsch abseits. Mit zusammengebißenen Zähnen mußte der Heimwehrsoldat zuschauen, wie Dr. Schmitz als Bundeskommissar es sich in Wien bequem mache. Und die Überlassung eines einzigen Vizebürgermeisterpostens an den Heimwehrführer Major Fritz Lahr ist nur ein dürfstiges Pfaster. Die einseitige Auswahl der neuen Männer im Wiener Rathaus hat draußen im Lande überall schwere Verstimmungen geschaffen.

Wenn der christlich-soziale Kämpfchen keine Hand auf die sozialistische Hinterlassenschaft legte, so tat er das gewissermaßen unter einer historischen Perspektive. Eine klarale Führung Wiens gab es auch schon früher einmal. Zu den Grünen der christlich-sozialen Bewegung gehört ja der Wiener Vorkriegsbürgermeister Dr. Karl Lueger, unter dem Wien einen bedeutenden Aufschwung nahm und recht eigentlich zur Weltstadt wurde. Lueger — dieser Name ist für die Wiener Bevölkerung ein Begriff geworden. Und die heutigen Christlich-Sozialen glauben jetzt, daraus für sich Kapital schlagen zu können. Sie vergessen dabei nur, daß sich seit jener Vorkriegszeit mancherlei geändert hat und daß auch die christlich-soziale Bewegung nicht mehr die Anziehungskraft besitzt, die sie zu Luegers Zeiten zweifellos besaß.

Den neuen Wiener Bürgermeister Richard Schmitz — er ist 48 Jahre alt, in Wien aufgewachsen und Funktionär der christlich-sozialen Bewegung — kennt die Wiener Bevölkerung schon von früher her. Schmitz hat verschiedene Ministerien vorgestanden und in der Parteipolitik der vergangenen Jahre eine gewisse Rolle gespielt. Das nationalbewußte Wien weiß vor allem, daß Bürgermeister Schmitz aus seiner Vorliebe für seine „französische Einstellung“ kein Hehl macht. Nach außen hin findet er es allerdings ratsam, sich als gut deutsch aufzustellen. Dr. Schmitz hat vor allem an der scharfen Bekämpfung des Nationalsozialismus in Österreich teilgenommen und gehört zu jenen Leuten, die an den „österreichischen Menschen“ glauben. Im übrigen ist er aufs engste mit dem Kämpfchen verbunden, der trocken dahlenmäßigen Schwäche der christlich-sozialen Partei seit Jahren kommandiert und jetzt sogar die Staatsführung an sich gerissen hat. Mit diesem Kämpfchen hofft Dr. Schmitz, die Politik ganz zur Dienstherren einer absolut katholischen Konservierung zu machen. Kurzum: der neue Wiener Bürgermeister ist der Prototyp des klerikal Regiments. Diese Sorte Christlich-Sozialer Politiker gibt im heutigen Österreich bekanntlich in allen Dingen den Ausdruck.

Niemand kann behaupten, daß Dr. Schmitz bei der Wiener Bevölkerung populär wäre. Bei der breiten Masse dürfte die Ernennung dieses Mannes zum Bürgermeister eher Entrüstung hervorgerufen haben. Wenn die Regierung Dollfuß heut nach der Februarrevolte nur einen sehr beliebten Protautsatz der Bevölkerung

Arbeitslosenunruhen in Lublin

Demonstrationen — Zusammenstöße mit der Polizei — Ein Toter, mehrere Verletzte

Warschau, 12. April. In Lublin ist es zu

Arbeitslosenunruhen gekommen. Die Unruhen werden darauf zurückgeführt, daß Lohnforderungen von Arbeitslosen, die in der Provinz Beschäftigung finden sollten, nicht berücksichtigt worden waren. Es kam zu Demonstrationen vor dem Arbeitsvermittlungsbüro, die sich später zu Zusammenstößen mit der Polizei zusetzten. Die Polizei wurde von den Demonstranten mit einem Steinbuckel und Revolvergeschüsse überwältigt. Ein Polizeiwachtmeister ist schwer verletzt, ein Arbeiter getötet und weitere Arbeiter verletzt worden. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Der neue Sowjetbotschafter in Warschau

Wie aus Moskau gemeldet wird, empfing der polnische Gesandte in Moskau, Lukasiewicz, den neuernannten Sowjetbotschafter in Warschau, Dawtjan, auf einem Frühstück, auf dem auch der frühere Warschauer Sowjetgesandte Owsiensko zugegen war. Gestern abend ist Botschafter Dawtjan in Warschau eingetroffen.

Der polnische Minderheitenantrag

Genua, 12. April. Der polnische Antrag auf Erweiterung der Rechtskraft der Minderheitenschutzverpflichtungen auf alle Staaten hat folgenden Wortlaut:

In der Erwagung, daß die gegenwärtig geltenden Minderheitenverträge als auch die vor dem Völkerbundrat von einigen Staaten abgegebenen Erklärungen über den internationalen Minderheitenschutz nur einen Teil der Völkerbunds-Mitglieder verpflichten, während andere Mitglieder des Völkerbundes von jeglichen Rechtsverpflichtungen auf diesem Gebiete befreit sind, ist die Völkerbunds-Versammlung der Ansicht, daß solcher Sachverhalt nur einigen Minderheiten internationale Garantien sichert, während andere Minderheiten, die in keinem Falle an den Völkerbund appellieren können, ohne internationales Schutzbleiben. Sie vertreibt den Standpunkt, daß solche Unterscheidung in geschützte und ungeschützte Minderheiten dem Empfinden der Gerechtigkeit und Billigkeit widerspricht. Indem sie ferner in Betracht zieht, daß es zahlliche, sprachliche und religiöse Minderheiten in fast allen Ländern

Österreichs hinter sich hat, so gilt das erst recht für den neuen Wiener Bürgermeister Schmitz. Bei der letzten Wiener Gemeindewahl vom April 1932 entfielen von 1159 360 abgegebenen gültigen Stimmen nur 233 622 auf die Christlich-Sozialen. Mit anderen Worten: Bürgermeister Schmitz hat, höchstens, ein Fünftel der Einwohnerschaft hinter sich; denn niemand wird behaupten wollen, daß sich die Sympathien für diese Partei seitdem etwa gesteigert hätten. Niemand gibt sich der Erwartung hin, daß ein Mann wie Dr. Schmitz mit seinem ausgeprochen klerikal-politischen Profil sich als Bürgermeister zum Anwalt einer Bevölkerung zu machen versteht, die ihm genau so mißtraut wie dem heutigen System.

Die provisorische Stadtverfassung verpflichtet den neuen Bürgermeister auch nicht etwa dem Volke, sondern dem gegenwärtigen System. Der Bundeskanzler hat Herrn Dr. Schmitz ernannt, und der Bundeskanzler kann künftig jeden anderen Bürgermeister Wiens abberufen. Wien wird also ganz im Sinne des gegenwärtigen Systems geleitet. Dabei hat der Wiener Bürgermeister bis zur Herstellung des ständigen

Neue polnische Schule in Allenstein

Königsberg, 12. April. In Allenstein wurde gestern eine polnische Schule mit angehörsener Kinderbewahranstalt feierlich eröffnet. Der Eröffnungsfeier ging ein Gottesdienst in der Gemeindekirche voraus. Die Messe zelebrierte der Geistliche Olszki, der Vorsitzende der vierten Bezirksgruppe des Polenbundes in Deutschland, den Einweihungsalzug der Geistlichen Olszki.

Weitere Polenverfolgungen der Tschechen

Aus Mährisch-Ostrau wird die weitere Verfolgung der Polen in der Tschechoslowakei gemeldet. Es sind wieder eine ganze Reihe polnischer Berg- und Hüttarbeiter entlassen worden.

Schlußworte im Luckler Kommunistenprozeß

Luck, 12. April. Im großen Kommunisten-Prozeß, in dem in den letzten Tagen die Verteidiger ihre Reden gehalten hatten, sprachen die Angeklagten am Dienstag und Mittwoch ihr letztes Wort. Eine ganze Reihe von Angeklagten wurden wegen herausfordernden Benehmens aus dem Saal gewiesen. Das Urteil in diesem Riesiprozeß soll am Sonnabend gefällt werden.

Europas und außerhalb Europas gibt, stellt sie fest, daß

die gegenwärtigen Bedingungen des internationalen Minderheitenschutzes nicht im Einklang stehen mit den elementaren Grundsätzen der internationalen Moral,

und ist der Meinung, daß dieser Zustand durch den Abschluß einer allgemeinen Minderheitenschutzkonvention zu bessern sei.

Diese Konvention müßte allen zahllichen, sprachlichen und religiösen Minderheiten internationalen Schutz gewährleisten.

Die Versammlung beschließt, zu diesem Zweck eine internationale Konferenz aller Völkerbunds-Mitglieder einzuberufen, die eine allgemeine Konvention über den internationalen Minderheitenschutz auszuarbeiten hätte, und bittet die Regierungen, entsprechende Maßnahmen zur Einberufung dieser Konferenz in nicht allzu langer Frist, jedenfalls aber binnen sechs Monaten von der Beendigung der Sessionssarbeiten, zu treffen.

Unterbau noch mancherlei Vorrechte: er erkennt, wahrscheinlich noch auf Jahre hinaus, die Mitglieder der neuen Stadtvertretung, der „Wiener Bürgerschaft“. Selbstverständlich kann er die einzelnen Mitglieder in besonderen Fällen jederzeit auch wieder abberufen. Hinzu kommt, daß der Bürgermeister nicht einmal an die Beschlüsse dieser „Bürgerschaft“ gebunden ist. Sein Wille gibt also in fast allen städtischen Angelegenheiten den Ausschlag. Das Volk wird gar nicht beachtet, da die Stadtvertretung ohne die Mithilfe des Volkes gebildet wird. Die Bevölkerung Wiens darf nicht einmal den Verhandlungen dieser merkwürdigen Repräsentanz beitreten.

Die sozialistische Aera Wiens ist vorüber, die christlich-sozial-klerikale bricht an! Das wird demnächst im Schulwesen und in der Verwaltung sehr deutlich zum Ausdruck kommen. Die christlich-soziale Partei hat in den Jahren der Opposition der Wiener Bevölkerung herrliche Versprechungen gemacht, die unmöglich verwirklicht werden können. Und daß Wien unter diesem System seine Auferstehung erleben wird — das werden wohl die wenigsten erwarten.

Sienkiewicz' Romane bleiben Schullektüre!

Zu den Pressenotizen von einer angeblichen Absezung von Sienkiewicz-Werken vom Leseplan der Schullektüre gibt das Kultusministerium folgendes bekannt: Es ist nicht wahr, daß Sienkiewicz-Werke, insbesondere die Werke „Mit Feuer und Schwert“ und die „Kreuzritter“, von der Liste der Schullektüre gestrichen worden sind. Wahr ist hingegen, daß das Werk „Mit Feuer und Schwert“ weiterhin Pflichtlektüre in der 4. Klasse ist, die „Kreuzritter“ dagegen Ergänzungslektüre in der 5. und 6. Klasse des Gymnasiums früheren Typs. Es ist nicht wahr, daß die Lektüre von Sienkiewicz-Werken aus dem Programm des polnischen Sprachunterrichts am neuen Gymnasium entfernt worden ist; wahr ist dagegen, daß Listen für die polnische Sprachlektüre des neuen Gymnasiums bisher noch nicht veröffentlicht worden sind.

*
Die Empörung, die durch die nationaldemokratische Presse ging, als es hieß, die oben erwähnten Werke seien mit Rücksicht auf die ukrainische und deutsche Minderheit vom Lehrplan abgesetzt worden, ist uns noch erinnerlich. So ist wohl dieser Rücksicht als ein Entgegenkommen der Endecja gegenüber zu werten. Ob aber nicht ein Entgegenkommen im Geiste der Verständigung und moralischen Abrüstung positiver gewesen wäre? Glaubt man, einerseits Verständigung predigen zu können und andererseits der Jugend, die besonders empfänglich ist für Literatur vom Schlag der Sienkiewicz-Romane, Werke in die Hand drücken zu können, die wie die „Kreuzritter“ einen ungesunden Chauvinismus ansähen, und das sogar unter Entstehung gesichtlicher Tatsachen?

Das Judenproblem in Polen

Die polnische Presse beschäftigt sich neuerdings ganz besonders viel mit der Judenfrage. Die ausgesprochen antisemitische „Gazeta Warszawska“ steht dabei an erster Stelle. Aber auch der Regierungskreis nahestehende „Kurjer Polski“ beschäftigt sich jetzt mit dem Judenproblem. Das Blatt stellt fest, daß Polen die verhältnismäßig größte Zahl von Juden in seinem Lande hätte. Nur die Bildung einer geschlossenen jüdischen Siedlung könne in der Praxis eine volle Lösung der jüdischen Frage bedeuten. Palästina aber bietet selbst unter den günstigsten Bedingungen keinen Schutz für die jüdische Minderheit.

Das den polnischen Industriekreisen nahestehende Blatt glaubt, daß die Juden, alle 20 Millionen auf der Welt zusammengefaßt, eine gute Kolonialmacht abgeben würden, und meint, Polen sei an einer befriedigenden Lösung der Frage lebhaft interessiert, außerdem werde es für die polnische Kolonialpolitik nicht gleichgültig sein, bei der Verwirklichung des Siedlungsprogramms „die Rolle des Protektors“ spielen zu können. Vielleicht könnte Polen Frankreich dazu veranlassen, von seinem Kolonialbesitz etwas für die jüdische Siedlung zur Verfügung zu stellen.

Anerkennung der Sowjetunion durch die Kleine Entente?

London, 12. April. Ein Besuch, den der Sowjetdelegierte Stein am Mittwoch dem rumänischen Außenminister Titulescu in Genf abstattete, wird hier mit der Frage der Anerkennung Sowjetrusslands durch die Kleine Entente in Zusammenhang gebracht. Die Verhandlungen sollen bereits weit fortgeschritten sein. Die Beteiligten hoffen daß binnen kurzem, wahrscheinlich während Titulescus bevorstehendem Aufenthalt in Paris, eine Vereinbarung erreicht werden wird.

Das Haupthindernis für ein russisch-rumänisches Einvernehmen, die bekarabische Frage, ist bekanntlich durch den im Herbst v. J. unterzeichneten Pakt beseitigt worden, in dem eine Definition des „Angreifstaates“ gegeben wurde.

Eine Notkirche für die Rigaer Domgemeinde

Die deutsche Domgemeinde in Riga, der bekanntlich vor einigen Jahren wider Recht und Gesetz ihr Gotteshaus entrissen wurde, hat an die Gemeindeglieder einen Aufruf zur Sammlung von Mitteln für eine Notkirche erlassen. Es ist geplant, die alte Georgskirche, den „heiligen Geist“ wieder zur Kirche auszubauen. Dadurch würde ein würdiges Gotteshaus auf ältestem historischen Boden mit etwa 900 Plätzen geschaffen werden. Der Kirchenvorstand der Gemeinde betont, daß es sich dabei nur um eine Notkirche handeln könne. Der Entschluß zur Errichtung dieser Notkirche dürfe nicht als Verzicht auf das angestammte Gotteshaus, dem Rigaer Dom, angesehen werden; die Domgemeinde halte vielmehr ihre Ansprüche aufrecht.

Eröffnung weiterer Arbeitslager

Warschau, 11. April. Der Arbeitsfonds hat eine besondere Verfügung über die Eröffnung der Arbeitslager erlassen. Es werden in den nächsten Tagen Arbeitslager in größeren Industriebezirken wie auch in den Ostmarken eröffnet. In einem Reglement für Arbeitsdienstandidaten heißt es, daß alle Anwärter einer ärztlichen Untersuchung unterworfen werden. Vor ihrer eigentlichen Zuweisung zu den einzelnen Arbeits-Bataillonen müssen sie eine zehntägige Probezeit durchmachen. Innerhalb der beiden ersten Wochen des Aufenthalts in den Arbeitslagern wird den Arbeitsfreiwilligen das Recht der Rückkehr zu ihrem Wohnort gegen Rüderstattung der Reisekosten zugeschenkt. Für jeden durchgearbeiteten Tag erhalten die Arbeitsdienstfreiwilligen 50 Groschen bei freier Verpflegung und Kleidung. Ein Monatsbeitrag von 5 Zloty wird auf ein Sparkassenbuch überwiesen. Bewerber um die Aufnahme in die Arbeitslager werden von Jugendorganisationen gemeldet.

Die Zusammensetzung der polnischen Flotte

Der „Dziennik Poznański“ bringt folgende Ausstellung der polnischen Kriegsschiffe: „Die polnische Flotte besteht heute aus den beiden in Frankreich gebauten Torpedobootzerstörern „Wicher“ und „Burza“ zu 1540 Tonnen, die durch ihre Größe und Schnelligkeit den Schiffen dieses Typs der östlichen baltischen Staaten an Gefechtswert überlegen sind.“

Auch die drei polnischen Unterseeboote „Will“, „Rys“ und „Zbik“ (von 980 bis 1200 Tonnen) sind die modernsten Unterseeboote in der Ostsee. Der Unterseebootflottille steht als Muttergeschiff der „Slowomir Czerwiński“ zur Verfügung.

Durch die Friedensverträge wurden der polnischen Marine seinerzeit auch fünf frühere deutschen Torpedoboote ausgeliefert, die heute unter den Namen „Mazur“, „Krakowia“, „Kujawia“, „Slazat“ und „Podhalanin“ Dienst tun.

Der Küstenverteidigung dienen die Kanonenboote „Kommandant Piłsudski“ und „General Haller“.

Durchführungsgarantie nur gegen entsprechende Abrüstung

Pariser Blätter über das Ergebnis der Genfer Verhandlungen

Paris, 12. April. Als Bilanz der in Genf geführten Verhandlungen verzeichnet die Außenpolitikerin des „Œuvre“ in ihrem Genfer Bericht die Gewissheit, daß England die von Frankreich gewünschten

Durchführungsgarantie nur gegen entsprechende Abrüstung

gewähren werde, die Frankreich bereits für erledigt gehalten habe. Die Anweisungen Macdonalds und Sir Simons an Eden hätten folgendermaßen gelautet: Man muß eine wenn auch noch so geringe Abrüstung im Austausch für die von Frankreich geforderten „Garantien“ erhalten. Denn unsere öffentliche Meinung und unsere Innenpolitik verlangen, daß wir wenigstens irgendeine Abrüstung vorweisen können. Das werde, meint die Berichterstatterin, die Ausarbeitung des Abkommens nicht erleichtern. Denn wenn die französische Regierung bereits Mühe habe, den obersten Kriegsrat und den Generalissimus für ein Rüstungsbeschränkungsabkommen zu gewinnen, dann werde sie sicher diese Kreise unmöglich für eine auch no[n] so geringe Abrüstung bewegen können.

Auch der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ bestätigt, daß England kein Zugeständnis machen werde, wenn Frankreich nicht in eine beträchtliche Herabsetzung seiner Rüstungen einwillige.

Die Berichterstatterin des „Œuvre“ will jerner aus ihren Besprechungen mit den Genfer politischen Kreisen den Eindruck gewonnen haben,

dass man sich über den Abschluß eines wirklich wertvollen Abkommens keine allzu großen Hoffnungen mehr mache.

Die Vertreter der kleinen Entente wünschten jedenfalls lebhafte den Abschluß eines Rüstungs-

Der Handgranatenanschlag Unter den Linden

Früherer Kommunist stark belastet — Weitere Zeugen werden gesucht

Berlin, 12. April. Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten über die bisherigen polizeilichen Feststellungen zur Aufklärung des Handgranatenanschlags Unter den Linden am 21. März d. J., dem Tag der Eröffnung der Arbeitswoche, steht es unzweifelhaft fest, daß die in altes Zeitungspapier gehüllte

Handgranate aus dem 4. Stock über dem Dachgeschoß des im Umbau befindlichen Hauses Unter den Linden 75 bis 76 Ecke Neue Wilhelmstraße herabgeschleudert

worden ist, nachdem die Feuerwerksvorrichtung ausgelöst war. Es handelt sich um eine Stielhandgranate aus alten Kriegsbeständen. Einer bestimmten Person hat der Anschlag, der zahlreiche Volksgenossen in Lebensgefahr brachte, nicht gegolten. Da sich unter den im Betracht kommenden Fenstern ein breites Gefims am Hause entlangzieht, ist es nämlich überhaupt nicht möglich, von oben her den Fahrweg und die Gehbahn zu beobachten.

Unter dem dringenden Verdacht, die Handgranate geworfen zu haben, ist der Maler Erwin Schulze aus Berlin-Charlottenburg festgenommen

worden. Schulze ist zur Tatzeit im Dachgeschoß des Hauses Unter den Linden 76 zusammen mit dem Jalousiebauer Willi Noack beschäftigt gewesen. Zum Nachweis seines Alibis für die letzten Minuten vor der Explosion hat sich Schulze auf seinen Arbeitskollegen Noack berufen, der auch bestätigte, daß Schulze um die angegebene Zeit den Arbeitsraum nicht verlassen habe. Es ist inzwischen aber festgestellt worden, daß Noack eine vorübergehende Entfernung Schulzes gar nicht ohne weiteres bemerkte. Schulze selbst hatte schon vor seiner

Festnahme den Versuch unternommen, Personen seiner Bekanntschaft zu verdächtigen. Die von ihm Benannten konnten jedoch ein einwandfreies Alibi beibringen.

Schulze hat in den Jahren 1928 oder 1929 dem Rotfrontkämpferbund angehört

und war mindestens bis Herbst 1932 Mitglied der KPD. Später will er sich nicht mehr kommunistisch beklagt haben. Er war von 1920 bis 1923 Reichswehrsoldat, und zwar im Infanterie-Regiment Nr. 14 in Konitz, später bei der Stammabteilung II der Artillerie-Schule Jüterbog. Aus der Reichswehr wurde er wegen Gehorsamsverweigerung und versuchten tödlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten entlassen und zu einer Gefängnisstrafe von 1½ Jahren verurteilt.

Die Polizei sucht nunmehr nach Personen, die mit Schulze in nähere Verbindung gekommen sind, und besonders auch während seiner Militärdienstzeit. Die Polizei glaubt, über zwei Personen, die am Tage der Tat die Baustätte aufgesucht haben, ihre Ermittlungen kräftig vorwärts bringen zu können.

Katholische Kirche und erster Mai

München, 11. April. Für den kommenden 1. Mai, dem Tag der nationalen Arbeit, ordnet die erzbischöfliche Behörde an, daß in allen Kirchen, ähnlich wie am Sonntag, ein feierlicher Gottesdienst abzuhalten und daß das Schuhfest des hl. Josefs, des Patrons der christlichen Arbeiter, zu feiern ist. In der Predigt soll — wie die „Augsburger Postzeitung“ berichtet — auf den christlichen Sinn und Segen der Arbeit nach dem Vorbild des hl. Josefs hingewiesen und in einem darauffolgenden Gebet sowie im heiligen Opfer der Segen Gottes auf die Tätigkeit der staatlichen Behörden, besonders auf ihre Bemühungen zur Arbeitsbeschaffung, herabgerufen werden.

Feder Reichscommissar für das Siedlungsweisen

Berlin, 11. April. In Verfolg des Erlasses über den Reichscommissar für das Siedlungsweisen hat der Herr Reichskanzler den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Gottfried Feder zum Reichscommissar für das Siedlungsweisen bestellt.

Ministerialdirektor Jaeger ins Geistliche Ministerium der evangelischen Kirche berufen

München, 11. April. Wie „NSA“ meldet, hat der Reichsbischof im Einverständnis von Staat und Partei Ministerialdirektor Jaeger in das Geistliche Ministerium berufen. Jaeger wird dort als rechtskundiges Mitglied den organisatorischen Aufbau und die innere Verwaltung der Reichskirche verantwortlich bearbeiten.

Kriegsminister Hayashi tritt zurück

Tokio, 12. April. Kriegsminister Hayashi hat wegen der Verfehlungen seines jüngeren Bruders sein Rücktrittsgesuch eingereicht und beharrt trotz mehrmaliger Versuche des Ministerpräsidenten, ihn zum Bleiben zu bewegen, bei seiner Absicht, da er sich für die Tat seines Bruders miterantwortlich fühlt.

Gerüchte, die in diesem Zusammenhang von einem Gesamttritt des japanischen Kabinetts wissen wollen, werden von dem Innenminister nachhaltig als nicht den Tat-sachen entsprechend in Abrede gestellt.

Personlicher Racheakt Die weiteren Ermittlungen zu dem Linzer Eisenbahnanschlag

Wien, 11. April. Die amtlichen Nachforschungen nach den Eisenbahnattentätern von Österreich bei Linz hat bisher noch keine wesentlichen Ergebnisse gezeigt. Nach Ansicht der Behörden kommen mehrere Attentäter in Betracht,

weil es ganz ausgeschlossen ist, daß ein einzelner Mann in den zur Verfügung stehenden 28 Minuten Zeit die Scheinen auf 15 Meter Länge entfernen könnte. Die amtliche Kommission hat ferner festgestellt, daß nur durch den in den Unglückszug eingeteilten Schlaivagen der Metropole ein größeres Unglück verhütet worden ist. Der Schlaivagen von moderner Eisenkonstruktion, mit den neuesten eisenbahntechnischen Errungenschaften ausgestattet, fing den Druck der stürzenden Lokomotive und des stürzenden Postwagens auf, so daß weder dieser Wagen noch die nachfolgenden Personenzüge umstürzten. Über die Hintergründe des Anschlags äußert sich ein Mitglied der Kommission, man vermutet, daß es sich um einen

Racheakt ehemaliger Eisenbahner handelt, die dem gegenwärtigen Regierungskurs feindlich gegenüberstehen. Merkwürdig ist, daß man den Ausdruck „politischer Anschlag“ nicht nur in den amtlichen Berichten endlich vermeidet, sondern daß offenbar auch die Presse angewiesen worden ist,

nicht von einem politischen Anschlag zu sprechen,

sondern den Anschlag als einen persönlichen Racheakt hinzustellen, ohne daß jedoch angegeben werden kann, gegen wen sich der Racheakt richtete sollte.

Die Kommunisten wählen

Es krielt in Frankreich

Paris, 12. April. Die Beamten des Pariser Haupttelegraphenamtes haben, wie schon Montag und Dienstag, auch bei der Ablösung am Mittwoch den Dienst eine Viertelstunde unterbrochen und während dieser Zeit die Internationale gelungen. In Lyon haben die Postbeamten Mittwoch früh eine Stunde lang ihren Dienst unterbrochen.

Dänische Schiffsheizer und Matrosen streiken

Kopenhagen, 12. April. Um Mitternacht sind die Schiffsheizer und Matrosen in den Streik getreten, nachdem am Mittwoch 16 bzw. 10 v. H. der Mitglieder der beiden Verbände, die in der Hauptsache arbeitslos sind, sich für die Durchführung des Streiks erklärt haben. Angefangen dieser Sachlage bleibt abzuwarten, wie sich die gegenwärtig unterwegs befindlichen Heizer und Matrosen, wenn sie in einen dänischen Hafen kommen, der Streikparole gegenüber verhalten werden, um so mehr als die Streikende seitens des Gewerkschaftsbundes keine Unterstützung zu erwarten haben. An der Liegeseite der Bornholmer Dampfer hatten sich einige hundert Kommunisten eingefunden, die bei der Abfahrt eines Dampfers in Rønne zu rufe ausbrachen und die Internationale anstimmt. Diese Kundgebung ist darauf zurückzuführen, daß ein Teil der Seeleute aus Bornholm den ungefährlichen Streik nicht mitmachen will.

Kommunistische Agitatoren in Havanna

Havanna, 12. April. Die Polizei verhaftete hier drei Sowjetrussen wegen Einrichtung und Führung einer kommunistischen Schule, die bereits von 500 Kindern besucht wurde.

Alarmzustand über Saragossa

Madrid, 12. April. Die spanische Regierung hat mit Rücksicht auf die unsichere Lage in Saragossa, wo der Generalstreik in unverminderter Stärke weiter andauert, die Verhängung des Alarmzustands über diese Stadt und die gleichnamige Provinz verfügt.

Aus einem Dörfch-Gefängnis entkommen

Innsbruck, 12. April. Der Nationalsozialist Angerer, der am 9. März wegen Versens zweier Papierböller zu 6 Monaten schweren Kerker verurteilt worden war, ist am Mittwoch aus dem Gefängnis des hiesigen Landgerichts entflohen. Angerer, der von Beruf Tischler ist, hatte unter Aufsicht eines Justizwachtbeamten in einem Zimmer eine kleine Arbeit auszuführen. In einem unbewachten Augenblick rannte Angerer davon und kam ins Freie. Die Nachforschungen nach ihm haben kein Ergebnis gehabt. Man vermutet, daß er nach Bayern geflüchtet ist.

Neuer Kommandant des Schülerverbandes

Warschau, 11. April. Zum Hauptkommandanten des Schülerverbandes ist als Nachfolger des bisherigen Hauptkommandanten Oberstleutnant Rusin der Oberstleutnant Frydrych ernannt worden.

Aus Kirche und Welt

Der Deutsche Schulverein in Polen-Oberschlesien unterhält 13 private Volksschulen, die mit den beiden anderen deutschen Privatschulen, die nicht vom Schulverein unterhalten werden, von 1922 Schülern besucht werden. Die Gesamtküllerzahl der sechs deutschen Gymnasien betrug 1406.

Nach der ausgezeichneten Übersetzung des „Don Carlos“ von Schiller hat die polnische Dichterin Kazimiera Ilłakowiczowna neuerdings die Trilogie „Wallenstein“ neu ins Polnische übersetzt. Die erste polnische Übersetzung des „Wallenstein“ stammt aus dem Jahre 1832.

Für die Tataren in Polen erscheint in Wilna eine Zeitschrift „Zycie Tatarskie“ (Tatarisches Leben).

Der Sonntag Kantate am 29. April soll in der ganzen evangelischen Kirche als Tag der evangelischen Kirchenmusik ausgestaltet werden, so daß in allen evangelischen Gemeinden Kantatefeiern durchgeführt werden.

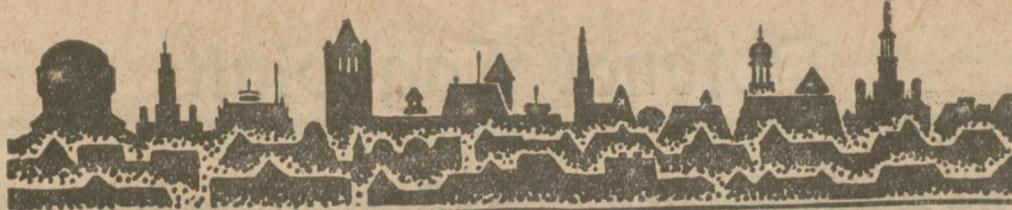
In zahlreichen Landgemeinden haben auch in jedem Jahre die neu konfirmierten Jungen und Mädchen Konfirmandenbaum gepflanzt. In Bernburg zum Beispiel wurden am Gründonnerstag 550 junge Bäumchen gepflanzt.

Durch ein Reichsgesetz sind in Deutschland der 1. Mai (Tag der Arbeit), der erste Sonntag im Oktober (Erntedankfest) und der fünfte Sonntag vor Ostern (Heldenfesttag) zu nationalen Feiertagen erklärt und die wichtigsten Feiertage, darunter auch der Bußtag, in evangelischen Gegenden das Reformationsfest und in katholischen das Fronleichnamsfest reichlich anerkannt worden.

Am 19. April feiert der bekannte religiöse Schriftsteller D. Johannes Müller seinen 70. Geburtstag. Er ist vielen durch seine Veröffentlichungen, die sich um die Grünen Blätter gruppieren, und durch persönlichen Einfluß ein Helfer zur Lebensgestaltung geworden.

Während die Britische Bibelgesellschaft dem Kriege jährlich durchschnittlich 500 000 Bibeln in russischer Sprache abgibt, müssen sie in ihrem letzten Jahresbericht die Unmöglichkeit mitteilen, Bibeln nach Russland zu bringen.

Aus Stadt



und Land

Stadt Posen

Donnerstag, den 12. April

Sonnenauftgang 5.03, Sonnenuntergang 18.44; Mondaufgang 4.11, Monduntergang 17.14.

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft + 4 Grad Celsius. Bewölkt. Südwind. Barometer 752.

Gestern: Höchste Temperatur + 5, niedrigste + 1 Grad Celsius.

Wasserstand der Warthe am 12. April + 0,26 Meter, gegen + 0,27 Meter am Vortag.

Wettervorhersage für Freitag, den 13. April: Wolkig, teils heiter, am Tage wieder etwas wärmer; schwache Winde aus südlicher Richtung.

Spielplan der Posener Theater

Teatr Wielski:

Donnerstag geschlossen.
Freitag: „Dreimäderhaus“.
Sonntag: „Don Pasquale“.

Teatr Polski:

Donnerstag: „Frau X.“.
Freitag: „Frau X.“.
Sonntag: „Frau X.“.

Teatr Nowy:

Donnerstag: „Die neue Frau“.
Freitag: „Die neue Frau“.

Kinos:

Apollo: „Cibi“ (in deutscher Sprache).
Coloseum: „Im Dienste der Geheimpolizei“.
Gwiazda: „Die drei von der Tankstelle“.
Metropolis: „Er liebt mich...“.
Moje (fr. Odeon): „Der Bettelstudent“.
Slojce: „Parade der Reservisten“ (in polnischer Sprache).
Sints: „Das Lächeln des Glücks“.
Wilson: „Gericht bei Nacht“.

Bereitet den Muttertag vor!

Der Muttertag, dieser Tag des Dankes und Gedankens, wird wie alljährlich am zweiten Sonntag im Mai (13. Mai) gefeiert. In den Vereinen und Schulen sollte man schon jetzt mit der Vorbereitung von Muttertagsfeiern beginnen. Dieser Tag soll festlich begangen werden, daher gilt es schon jetzt an der würdigen Durchführung der Feiern zu arbeiten.

Als Anleitungen und Beispiele für diesen Tag seien u. a. empfohlen: Hubert Nerad: „Die sterbende Mutter“. Dieses südl. innige Spiel, das überall leicht aufführbar ist, wird zu allen Herzen finden; Franz Breiner: „Mutter, wir grüßen dich!“ Das Buch enthält eine wertvolle Auslese von Gedichten und Prosaerzählungen, die sich durchwegs für den Vortrag eignen. Vermöge seines gediegenen Inhaltes und seiner schönen Ausstattung bildet das Buch auch ein wertvolles Geschenk für jede deutsche Mutter; Ing. Hans Friedl: „Mutter-Ehrung“. Zwei Liederspiele für Muttertagsfeiern mit Bühnenbildern, Gedichtvorträgen, mit Musik, Liedern und Reigen. Die beiden Liederspiele

sind überall gut aufführbar und sichern, da sie einfach und edel sind, guten Erfolg. Dort, wo Bühneneinrichtungen einfacher Art fehlen, greife man zum zweiten Niederdruck, das ohne alle Bühnenbehelfe auch in der kleinsten Gemeinde ausgeführt werden kann; Franz Breiner: „Der Muttertag“. Das Heft enthält einen schönen Prolog, fünf Ansprachen und eine knappe, aber gute Auswahl von Vortragsstücken in Vers und Prosa. Eine Reihe von Programmen für Muttertagsfeiern für die verschiedensten Verhältnisse ist angefügt.

Quartierbüro für Messebesucher

Angesichts der Eröffnung der Posener Messe am 29. April ist bereits ein Quartierbüro eingerichtet worden, das Bestellungen von Zimmern für die Dauer der Messe entgegennimmt. Die Preise wurden pro Tag wie folgt festgelegt: ein Zimmer 1. Klasse mit einem Bett 6 Zl., mit zwei Betten 8 Zl.; ein Zimmer 2. Klasse mit einem Bett 4 Zl., mit zwei Betten 6 Zl.; ein Zimmer 3. Klasse mit einem Bett 3 Zl., mit zwei Betten 4,50 Zl. Bestellungen nimmt das Messeamt in Posen, ul. Marsz. Tocza 18, vom 10. bis 26. April entgegen. Da zur Posener Messe Sonderzüge aus ganz Polen und der Wojewodschaft eingeleget werden, ist mit einer starken Nachfrage nach Privatquartieren zu rechnen.

Ausländische Autos in Deutschland steuerfrei

Der Deutsche Automobilclub hat interessierten Stellen den Wortschatz einer Verfügung des deutschen Finanzministeriums zugehen lassen, nach der ausländische Autos und Motorräder, die zu vorübergehendem Aufenthalt nach Deutschland kommen, von der Steuer befreit sind. Der vorübergehende Aufenthalt darf drei Monate nicht überschreiten, darf aber beliebig oft im Jahre genommen werden. Die Verjährung gilt bereits seit dem 30. März, und die Zollbehörden haben mit diesem Tage aufgehört, den bisherigen Soz von 1 Rm. für Autos und 0,50 Rm. für Motorräder pro Aufenthaltsstag zu erheben. Nicht betroffen von der Verordnung werden mechanische Fahrzeuge, die Erwerbszwecken dienen.

Sprechstunden des Abgeordneten Graeve

Nächste Sprechstunde am Donnerstag, 19. April 1934, zwischen 11 und 13 Uhr vormittags.

Spende. Die evangelischen Kirchengemeinden von Friedenshorst und Buntzen schenken für die Mittelstandsfläche des Wohlfahrtsdienstes eine große Sammlung von Ostereiern. Allen freundlichen Geben sei auch auf diesem Wege der herzlichste Dank ausgesprochen.

Deutscher, vergiss nicht, dein Kind für die Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache anzumelden!
Die Endfrist läuft bis zum 30. April, ist aber an den einzelnen Orten verschieden!

Stürmische Straßenbahndebatte im Stadtparlament

Investitions-, Tarif- und Personalpolitik im Feuer der Kritik

jr. Posen, 12. April.

Die Stadtverordnetenversammlung, die dieser Tage auf eine 15jährige Tätigkeit als polnisches Kommunalparlament zurückblicken konnte, erlebte gestern eine sehr stürmische Sitzung, die herorgerufen wurde durch den zweiten Alt der Interpellation des Stadtv. Jawa daki in Sachen der Straßenbahndebatte. An dem positiven Ergebnis gemessen, war es vielleicht ein Sturm im Wassergrase. Andere werden sagen, daß einer leidlichen Zusammenarbeit zwischen Sanierung und Nationaldemokraten der Todestoss verzeigt worden sei. Fast möchte man auch glauben, daß für geraume Zeit — falls nicht überhaupt noch ganz andere Ereignisse eintreten sollten — das Gleichgewicht gehörig gestört ist.

Die unerwidrlichen Zusammenstöße waren ihre Schatten vorans

in einem Vorspiel, das die Wahl von drei Mitgliedern zum Aussichtsrat der Straßenbahndebatte zum Gegenstand hatte.

In einem etwas merkwürdigen Anslug von Begegnis um eine entsprechende Vertretung der feindlichen Sanierungsgruppe schlugen die Nationaldemokraten die Wahl zweier Vertreter aus dem eigenen Lager (Stadtv. Budynski, der durch Aufrütteln wieder ins Parlament gelangt ist, und Landesversicherungsrat Wibralski) sowie des Stadtv. Grawacki (Regierungspartei) vor.

Dieses gewiß eigenmächtige Vorgehen mußte natürlich starken Unwillen auf der gegnerischen Seite zur Folge haben. Man protestierte gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der belärmten Partei und schlug zur Wahrung des Parteienschlusses den Stadtv. Jawa daki vor, für den aber bei den Nationaldemokraten keine wohlwollende Stimmung bestand, zumal man von ihm zum Schlus der Sitzung einen

Generalangriff in der Straßenbahnsache

erwartete.

So kam es denn, daß dieser Posten unbesetzt blieb, eine Tatsache, die auf eine zumindest seltsame Taktik zurückzuführen war.

Nachdem verschiedene Punkte der Tagesordnung, darunter die Festlegung des Gehaltsbezüge des Stadtpresidenten und ein Nachtragsbeschluß über die Aufnahme einer langfristigen Anleihe bei der Landeswirtschaftsbank in Höhe von 250 000 Rth. gegen Verpfändung von Steuer-

einnahmen, ohne großen Zeitverlust erledigt sind, hat zum letzten Punkt des Beratungsvenjums Stadtv. Jawa daki das Wort zu einer längeren Anklagerede gegen die Verwaltungsmethoden der Posener Straßenbahnen. Seine Ausführungen gipfeln in dem Vorwurf, daß die Direktion im Laufe des Jahres

spekulative Investitionen

gemacht und sich das nötige Kapital bei den Schweizerischen Bankgesellschaften in Zürich zu harten Bedingungen verschafft habe. Als die Namen der Investitionsfirmen „Autoruch“ und „Stomil“ fallen, wird es auf den Bänken der Nationaldemokraten recht unruhig. Nacheinander sieht man sich ins Vorzimmer zurück und lädt nur einige wenige Beobachter im Saal. Der Redner führt mit Angriffen auf

verschleierte Tarifpolitik

fort. Die enorme Verschuldung habe einen zweckmäßigen Betriebsführungen unmöglich gemacht. Als einzige lastliche Position wären die Bezieher der Straßenbahner anzusehen, an denen einzupausen man sich nicht gescheut hätte. Als der Antrag auf Einziehung einer

fünfgliedrigen Studientkommission

gestellt wird, sind die Nationaldemokraten wieder auf dem Plan und kommen gerade noch zu recht, um einen Ergänzungsvorschlag des Stadtv. Mróz gegen die Personalpolitik der Straßenbahndirektion zu erleben.

Jetzt ergreift Stadtv. Makiewicz das Wort zu einer — man muß wohl sagen — nicht ungeschickt entfalteten Gegenoffensive, in der er u. a. mit folgenden Argumenten operiert: Fahrräder erneuert, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß ungünstigen Tariferleichterungen, wie sie eben erst in Aussicht gestellt worden sind, demonstriert, führt erneut, Wohnhäuser für die Straßenbahner gebaut, durch die Schaffung der „Stomil“ den Staatsinteressen gedient, das Vermögen der P. A. E. mittels der angefochtenen Investitionen gehemmt u. dergl. mehr. Als der Stadtverordnete, der die Wirtschaftskrise in starkem Maße verantwortlich macht für den schlechten Stand der Finanzen, die gewiß

eine große Verteidigungsrede. Bei der Beschlusssitzung, daß das Vermögen der Posener Straßenbahn, die noch als Muster hinstellte, pflegte, in 12 Jahren jährlich um 1 Million vermehrt worden sei — einem Vermögen von 19 Millionen sollen nur 7 Millionen Schulden gegenüberstehen —, da wird ihm der demokratischer Beifall der Nationaldemokraten zuteil. Beim dritten Beifallssturm verläßt die verärgerte Sanierung den Saal, das Stadtoberhaupt lebt seine Rede in sichtlicher Erregung fort.

Der von der Stadt gelieferte Strom sei durchaus nicht so teuer, wie man behauptet. Die Einnahmen kämen überdies einem Kommunalunternehmen zugute. Statt der geforderten Kommunalisierung wäre es richtiger, die Tendenz einer weiteren Verselbständigung der Unternehmen zu verfolgen. Die Schweizer Anleihe sei unter denkbar günstigen Bedingungen aufgenommen worden.

Nach einem kleinen Wirrwarr bei der Erledigung eines Antrages auf Schluß der Debatte, der den Gegnern offenbar das Wort abnahm, sollte, sprach abschließend noch Stadtbewadzki, der u. a. darauf hinwies, daß eine bloße

Addition von Investierungen noch lange keine Vermögenssumme ergebe. Nicht zu Dankagungen für geleistete Verdienste sei er berufen, sondern habe die Pflicht der Kritik.

Sein Antrag auf Einziehung jener besonderen Studienkommission zur Schaffung besserer Straßenbahnerhältnisse wurde natürlich mit nationaldemokratischer Mehrheit abgelehnt.

Wahl des Stadtpresidenten

Am kommenden Montag findet um 6 Uhr nachmittags eine Sonderwahl des Stadtparlaments statt, in der die Neuwahl des Stadtpresidenten vorgenommen werden soll.

X Verlehrersunfälle. In der Nähe der ulica Zwierzyniecka wurde der Radfahrer Boleslaus Nowak von einem Auto überfahren. Das Fahrrad wurde teilweise beschädigt, der Fahrer selbst kam mit dem Schred davon. — Der 10jährige Henryk Sojnowski, ul. Fr. Ratajczak 11, wurde am Sapiehlaplatz von dem Radfahrer Johann Perczynski überfahren und leicht verletzt.

X Festnahme. Wegen Verdachts des Taschenräubers wurde Stan. Kubacki aus Ostrowo festgenommen.

X Bestohlene gesucht. Die Frau, die am 31. März d. Js. am Wronkerplatz um ihre Tasche von 15 zł. bestohlen wurde, wird ersucht, sich im Büro der Kriminalpolizei, Plac Wolności 12, zu melden, da der Täter festgenommen wurde.

X Falscher Einlasserer. Bernard Blaszcak aus Sul meldete der Polizei, daß ein gewisser Stanislaus Wegener aus Posen, Gr. Gerberstraße 46, auf Grund einer gefälschten Legitimation für ihn Beiträge in Höhe von 800 zł. eingezahlt hat.

X Diebstähle. Es wurden elf Diebstähle gemeldet; der Wert der gestohlenen Gegenstände wird auf 400 zł. geschätzt.

X Wegen Übertretung der Polizeivorschriften wurden 3 Personen zur Bestrafung notiert und wegen Trunkenheit, Diebstahls und anderer Vergehen 12 Personen festgenommen.

Wochenmarktbericht

Der gestrige Markttag zeigte das gewohnte Bild, war gut besucht und besucht. Lediglich Geflügel wurde weniger angeboten. Butter und Eier dagegen gab es in größerer Menge. Für das Pfund Tiessbutter verlangte man 1,50 bis 1,60, für das Liter Milch 20, Sahne das 40–40, für Eier die Mandel 75–80, Buttermilch 12 Groschen. — Der Fleischmarkt lieferte Schweinefleisch zum Preise von 60–80 pro Pfund, Kalbfleisch kostete 70–90, Rindfleisch 70–80, Hammelfleisch 70–90, roher Speck 70–75, Kalbsleber 1,20, Schweine- und Rindfleber 50–70 Groschen. — Der Geflügelmarkt lieferte Hühner zum Preise von 1,50 bis 2,50, Enten 2,50–4,00, Gänse 5,00–8,00, Tauben 90–100, Puten 5,00–6,00, Perlhühner 2,00–3,00, Kaninchens 1,50–2,50 Zloty. — In den Gemüseständen gab es viel Salat und Radisches. Für ersteren zahlte man 10–20 pro Kopf, für Radisches das Bund 10–20 Gr. pro Kopf, für ersten frischen Gurken verlangte man 1,50 pro Stück, für Rhabarber pro Pfund 1,50–1,60 pro Stück, Rüben, rote Rüben je 10–15, Karotten 10–15, Zwiebeln 10–15, Schwarzbrotkrüppen 10–15, Rottkohl der Kopf 15–30, Weißkohl 25–30, Wirsingkohl 25–40, Kartoffeln 4–5, Rüben 10, Dill 10, Schnittlauch 5 Groschen. — Es gab es noch in verhältnismäßig großer Auswahl. Man zahlte für Auslandsäpfel 1,20 bis 1,30, für inländische 40–90, Musbutteren 40–50, Bananen 30–60, Zitronen 3 Stück 25, Apfelmus 1,00–1,20, getrocknete Pilze das Biergläubchen 80–120 Zloty. — Auf dem Fischmarkt fand man für Hechte (soie Ware) 1,20, lebhaft 1,40, Karpfen 1,30, Schleie 1,30–1,50, Bleie 90–1,10, Karauschen 90, Quappen 1,00, Barsche 90–1,10, Salscheringe 10–15, Matjesheringe 20–30, das Stück, Del das Bierell 50 bis 60 Groschen. Räucherfisch gab es in genügender Menge. — Auf dem Blumenmarkt wurden viel und Sonnenblumen angeboten, ebenso viel Topfpflanzen.

Gottesdienstdauerung in die katholischen Deutschen

Sonntagsabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. Sonntag, 1/28 Uhr: Predigt und Amt. 3 Uhr: Rosenkranz und Psalms. 7 Uhr: Segen. Montag, 7 Uhr: Geistlichenverein. Dienstag, 1/28 Uhr: Andata. Alle Tage in der Woche abends 7 Uhr: Beichtgelegenheit.

Erleichterungen bei der Entrichtung rückständiger Sozialversicherungsgebühren

Im „Dziennik Ustaw“ Nr. 29 vom 9. April wurde ein Gesetz vom 15. März 1934 über Erleichterungen bei der Abzahlung rückständiger Beiträge und Gebühren für soziale Versicherungsinstitutionen veröffentlicht. Auf Grund dieses Gesetzes werden Verzugszinsen und Verzugsstrafen für rückständige Versicherungsbeiträge und -gebühren, deren Zahlungstermin vor dem 1. Juli 1932 abgelaufen ist, für die Zeit vom Erreichen des Rückstandes bis zum Ende September 1933:

1. vollständig gestrichen, wenn sie Beträge zugunsten der Sozialversicherungsanstalten betreffen, mit Ausnahme von Beiträgen, die landwirtschaftliche oder Forstwirtschaften zu zahlen haben;

2. werden sie auf 6 Prozent jährlich gesenkt, wenn sie Beiträge zugunsten anderer Sozialversicherungen betreffen, sowie von Beiträgen der landwirtschaftlichen und Forstwirtschaften.

Obige Vergünstigungen erteilen die Sozialversicherungsanstalten, die Versicherungsanstalt für Koparbeiter, die Unfallversicherungsanstalt, die Altersversicherungsgeellschaft und die Landesversicherung in Posen. Nach der Streichung bzw. Senkung der Verzugszinsen werden die genannten Institutionen die Entrichtung der rückständigen Beiträge in folgender Weise festlegen:

1. bei hypothekarischer Sicherung der Beiträge in Teilzahlungen, zahlbar im Laufe von zehn Jahren ab 1. Juli 1934 bei 4½ Prozent jähr-

licher Verzinsung, vom 1. Oktober 1933 gerechnet;

2. ohne hypothekarische Sicherung in Teilzahlungen, zahlbar im Laufe von drei Jahren, ab 1. Juli 1934 mit 6 prozent jährlicher Verzinsung, gerechnet ab 1. Oktober 1933;

3. Abzahlung der rückständigen Beträge von Selbstverwaltungsverbänden und anderen öffentlichen Rechtspersonen — in Teilzahlungen, zahlbar im Laufe von 10 Jahren ab 1. Juli 1934 mit 4½ prozent jährlicher Verzinsung, gerechnet ab 1. Oktober 1933.

Der Minister für soziale Fürsorge wird im Einvernehmen mit dem Finanzminister durch Verordnung den Verlauf der Verfahren, sowie die einzelnen Bedingungen bei der Anwendung der Vergünstigungen bestimmen und weitere Vergünstigungen für Zahler festlegen können, die ihre rückständigen Beiträge abzahlen oder die Gebühren vor dem Termin entrichten. Die angeführten Vergünstigungen werden nicht bei der Verjährung von Koparbeitern in bezug auf diejenigen Beiträge angewandt, von deren Einzahlung die Zurechnung der Beitragsmonate während der Arbeitszeit vor der Anmeldung abhängig ist. Auch werden die Vergünstigungen nicht bei Rückständen zuerkannt, die durch bösen Willen des Zahlers entstanden sind. Das Gesetz ist mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft getreten und seine Ausführung dem Minister für soziale Fürsorge übertragen worden.

Rawitsch

Visitation in der deutschen Privatschule

Am 5. und 6. April besuchte Herr Schulinspektor Wadowski aus Lissa die hiesige deutsche Privatschule. Die Visitation erstreckte sich über alle Klassen, betraf nicht nur den Unterricht, sondern auch die Erziehung der Kinder, ferner die Beziehungen und den Stand der Schule hinsichtlich der hygienischen Anforderungen. Das Ergebnis seiner sehr eingehenden Visitation sah der Schulinspektor in den Worte zusammen: „Die Schule befindet sich auf gutem Wege!“

Indem wir dieses mit Genugtuung den Eltern mitteilen, bitten wir sie, der Schule auch fernerhin Vertrauen und Liebe entgegenzubringen und sie in ihrer Tätigkeit zu unterstützen und zu fördern. — Die Schulleitung.

Wollstein

* Vor dem hiesigen Burggericht hatte sich am Mittwoch, dem 11. April, der in Wollstein wohnhafte Kurt Wosle zu verantworten. Wosle war angeklagt, junge militärisch Pflichtige Männer im vorigen Jahre über die Grenze nach Deutschland gebracht zu haben. Die Verhandlung ergab, daß keinerlei Beweise vorhanden waren; deshalb wurde der Angeklagte von Schuld und Strafe freigesprochen.

Schmiegel

ek. Der Frühjahrsviehmarkt am Mittwoch hatte einen starken Auftrieb von Pferden und Rindvieh zu verzeichnen. Pferde erzielten Preise von 100–300 zł.; einzelne sehr gute Tiere, für die Preise von 400 zł. und darüber gefordert wurden, konnten nicht abgesetzt werden. Kühe waren verhältnismäßig billig; für 100 bis 150 zł. waren gute Milchkühe zu haben; Jungvieh war sehr preiswert, der Umsatz zufriedenstellend. Ferkel kosteten 10–20 zł. das Paar und fanden flotten Absatz. Auf dem Fleischmarkt herrschte lebhafte Treiben. Tauben kosteten 80 Gr. das Paar, Hühner 1,50–2 Zloty das Stück. Butter war mit 1–1,20 zu haben, Eier mit 60–70 Gr. die Mandel, Weichkäse mit 20–25 Gr. das Pfund. Auf dem Krammarkt ließ das Geschäft zu wünschen übrig.

Krotoschin

Der Mörder des Bienieżny hat, wie wir erfahren, vor dem Ostromer Untersuchungsrichter ein volles Geständnis abgelegt. Unsere Vermutungen in bezug auf das Motiv der Tat treffen in allen Einzelheiten zu. Die Frau des Ermordeten, die mit dem Mörder ein Liebesverhältnis unterhielt, wollte sich des unbedeckten Ehemannes entledigen. Bereits vor einiger Zeit mußte P., der seine Frau im Hause des Szczurajzel zur Rede zu stellen gedachte, schleunigst durchs Fenster flüchten. Das Zusammenleben der beiden Ehegatten war das deutbar schlechteste. Die Niedertracht dieses treulosen Weibes gipfelte jedoch darin, daß sie ruhigen Blutes in einer Entfernung von ca. 40 Metern dem Todessingen ihres Mannes zuhören konnte, und erst als sich Menschen auf der Chaussee näherten, rief sie unter gekünstelten Tränen aus: „Szastu, nie opuszczaj mnie“ (Szastu, verlasse mich nicht), während P., von drei Revolverkugeln und 25 Messerstichen niedergestreckt, noch einige Minuten mit dem Tode rang. Als sie sich vom Tatort entfernte, begab sie sich nicht in das eigene Heim zu ihren Kindern, teilte ihnen nicht das Schreckliche mit, sondern eilte zu ihrem Geliebten. Inzwischen lehrte Szczurajzel, nachdem er sich im Gasthaus des Herrn Schäfer-Gorupia vom Blute rein gewaschen hatte und ein genügendes Wabi zu haben wußte, gleichfalls beim. Nicht lange jedoch erfreuten sich beide der goldenen Freiheit. In derselben Nacht noch wurden sie aus den Betten heraus verhaftet. Anerkennung gebührt unserer Polizei, die durch ihre energischen Nachforschungen und ihren Schärffum schnell zur Auklärung dieses grauenhaften Mordes beigetragen hat.

Jahrmarkt. Am 17. d. Ms. findet in Krotoschin ein allgemeiner Jahrmarkt statt,

Zarotschin

× Der polnische Freiballonführer Hauptmann Antoni Janusz, welcher vor kurzem einen neuen Weltrekord im Dauerflug aufgestellt hat, ist gebürtiger Zarotschiner. Sein Vater bekleidete noch einige Jahre nach dem Kriege das Amt eines Richters am damaligen Zarotschiner Kreisgericht und wohnt heute als pensionierter Beamter in seinem Hause auf der Al. Tadeusz Kościuszko. Hauptmann Antoni Janusz hat schon als Freiwilliger den Bolschewistenkrieg mitgemacht und wurde im Jahre 1921 mit erst 19 Jahren zum Leutnant befördert, als zweitjüngster Offizier im ganzen polnischen Heere. Er blieb im aktiven Heeresdienst und hat sich seither als Militärflieger sehr erfolgreich betätigt.

× Der Leiter des Zarotschiner Steueramtes gibt bekannt, daß bis zum 1. Mai d. Js. die Einkommensteuererklärung über das erzielte Einkommen im Jahre 1933 abgegeben werden muss. Gleichzeitig damit muß die Hälfte der daraus berechneten Steuer als Anzahlung für das Jahr 1934 eingezahlt werden. Bei Überschreitung des festgesetzten Zahlungstermins wird der Steuerzahler bestraft, außerdem werden feinerlei Reklamationen berücksichtigt.

× Die Kommunal-Sparfasse für den Kreis Zarotschin teilt mit, daß sie mit dem 1. April d. Js. die Pleśchener Sparfasse für den früheren Kreis Pleśchen übernommen hat. Die Sparfasse in Pleśchen bleibt als Filiale des Zarotschiner Kreissparkasse weiter bestehen.

× Selbstmord durch Erhängen verübte am Dienstag die 75jährige Maria Anna Szczępaniak in Kowalew. Sie hat eine Schnur am Bettgestell festgelegt und sich daran aufgehängt. Die alte Frau war seit längerer Zeit krank und auch geistig nicht ganz normal. Die Gerichtskommission hat die Leiche zur Beerdigung freigegeben.

Margonin

ly. Diebstahl. Ein frecher Diebstahl wurde in der Nacht zum Sonntag bei dem Besitzer Piepenburg in Pawlowo (Paulsfeld) verübt. Auf einer Leiter waren die Spießbüchsen auf den Boden gestreift und fanden dort reiche Beute. Die ganze Dauerware von einem Schwein, zwei neue Kutschengesirre, ein Sack gesponnenen Wolle sowie noch andere Sachen fielen den Banditen in die Hände. Sie schafften ihre Beute auf einem Wagen fort und sind bisher nicht ermittelt. — In Sypniewo wurde bei dem Besitzer Arthur Panzer eingebrochen. Durch Einbruch einer Fensterscheibe gelangten die Diebe in ein Zimmer und stahlen die Vorräte an Schinken, Wurst und Butter.

Neustadt

Kirchenältesten- und Männerkonferenz. Vom 23. bis 25. Februar fand für Männer und Kirchenälteste eine Konferenz im Pfarrhaus zu Neustadt bei Pinne statt mit dem Thema „Neue Wege zum rechten Gemeindeaufbau“. 70 bis 75 Teilnehmer nahmen an den dreitägigen Beratungen teil, von denen ein Teil in neu eingerichteten „Lager“ im Kantorhaus übernachtete. In den Vorträgen und reichen Aussprachen ging es bei der Konferenz immer wieder um die Frage: „Welche festen Ordnungen und Sitten müssen von den einzelnen Familien mit Hilfe der Jugend eingeführt werden, damit die Kraft des Evangeliums sich da auswirken kann, wo wir Menschen unter eigentlichem Leben führen und unsere Existenz haben: nämlich in den Lebenskreisen, die vom Blut, dem gemeinsamen Boden, der Arbeit und dem gemeinsamen Lebensalter schöpferisch gezogen sind und täglich und ständig lebendig und lebensfördernd gegangen werden.“

So sollte die Konferenz nichts Außertordliches sein, sondern uns nur die Augen öffnen für ein ordentliches Gemeindeleben, das ja nur in den Ordnungen und Bindungen zwischen uns Menschen bestehen kann. Glauben heißt, in festen Beziehungen leben. Herr D. Hild-Polen, P. Lascha-Kuschin, P. Schwedt-Tegez-Polen, Diakon Guth, Herr n. Reich-Arboret, Herr v. Urtuch-Klein-Münche haben durch Vorträge und Berichte und reiches Singen diesem Ziel gedient. Auch an dieser Stelle sei

allen Herren für ihre Beiträge zum organischen Gemeindeleben herzlich Dank gesagt. Sie haben einer bekennenden Gemeinde gedient.

Znin

ü. Bier Jahre Gefängnis für Raubüberfall. In der Nacht zum 22. Dezember v. J. drang der 30jährige Landarbeiter Jan Nowak aus Dwierzewo nach Zertrümmerung der Fensterscheiben in die Küche der Böttcherin Berta Michaelis in genannter Ortschaft ein. Dann begab sich der maskierte Bandit, in der einen Hand eine Taschenlampe und in der anderen eine Schreckschusspistole haltend, in das Schlafzimmer, in dem sich die Böttcherin mit ihrem 14jährigen Sohn befand. Beide erschraken bei dem furchtbaren Anblick des Banditen, der die Frau mit den Worten „Geld oder ich schieße!“ anschrie und ihr die Pistole auf die Brust setzte. Die überraschte Frau erklärte, daß sie zu Hause kein Geld habe, was den Banditen veranlaßte, die ganze Wohnung zu durchstöbern. Als er aber kein Geld fand, nahm er einen Korb mit allerlei Weihnachtseinkäufen mit und ergriff darauf die Flucht. Eine sofortige Haussuchung bei N. förderte das nötige Beweismaterial zutage. Außerdem hatte der Sohn der M. den Banditen an der Stimme erkannt. Dieses Raubüberfalls wegen hatte sich N. vor dem Bromberger Bezirksgericht zu verantworten, das ihn zu vier Jahren Gefängnis und zehn Jahren Ehrverlust verurteilte.

Schubin

S Unterhaltungsabend. Am letzten Sonntag veranstaltete die Niedertafel hier selbst einen Unterhaltungsabend, der gut besucht war. Pfarrer Dinkelmann sprach über Volkstum und Kirche. Dann wurden von dem Chor Niedertafel „Knab gezogen“ und „Lore, Lore“. Als Guest sang Fräulein Kaschik-Bromberg. Ihre volle und reine Altstimme brachte die vorgebrachten Lieder zur besten Geltung, und reicher wohlverdienter Beifall wurde ihr zuteil. Vorgetragen wurden dann auch noch Volkslieder, denen ein humoristischer Einakter „Schusters Lied“ folgte. In schönster, heiterer Stimmung blieben dann die Teilnehmer noch einige Stunden bei einem Tanzrätzchen zusammen.

Nakel

S Leichenfund. In einem stegenden Wasser bei Smielin wurde die Leiche eines etwa acht Monate alten Kindes männlichen Geschlechts, die in ein Kissen eingehüllt war, gefunden. Nach der Mutter wird gefucht.

Aufstall

zu den Bormeisterschaften

Heute kämpfen Blum und Majchrzyc

In Budapest sind gestern die Box-Europameisterschaften feierlich eröffnet worden. Den ersten Kampf des Abends bestritten im Bantamgewicht Enekes und Ullmann-Dösterreith. Der Ungar, der in der ersten Runde groggy war, holte in den beiden nächsten Runden auf und gewann nach Punkten. Im Fliegengewicht verlor Deutschlands Vertreter Weinhold gegen den Rumänen Santu. Urbinati-Italien verlor unerwartet gegen Palmer-England, der einen mörderischen Schlag hatte. Rotholc-Polen gewann gegen Freimuth-Elland. Im 2. Bantamgewichtstreffen wurde der Este Kaabi von dem Engländer Cleaver besiegt. Im Federgewicht besiegte Ulrich-Tschechowalek den Engländer Treadaway. Der Deutsche Käster schlug den Esten Seeberg sicher aus dem Felde. Jaro-Dösterreith verlor gegen den Italiener Bodavall. Im Leichtgewicht schlug Harrangi-Ungarn der englischen Vertreter Kemp. Im Weltergewicht wurde Seewynial-Polen in seinem Kampf gegen den Italiener C. elegato disqualifiziert. Die Polen legten Protest ein. Sioedi-Tschechoslow

Deutsches Leben in Südwest

Ein Oberschlesier schildert seine Eindrücke

Wir sind heute in der Lage, einiges aus einem Originalbericht aus dem ehemaligen Südwestafrika zu bringen, den uns freundlicherweise Landespropst Wackwitz aus Windhuk zur Verfügung stellte. Propst Wackwitz gehörte früher zur deutschen Volksgruppe in Polen. Er war Pfarrer in der oberschlesischen evangelischen Gemeinde Anhalt und ist vor zwei Jahren nach Südwestafrika berufen worden, wo er das Amt eines Landespropstes verwaltet. Da die Frage der Kolonienvergewinnung heute in Deutschland wieder sehr aktuell geworden ist und die Blüte sich gerade auf die Gebiete, die früher Deutschland gehörten, richten, dürfte der Bericht allgemeines Interesse finden.

Am 24. April werden 50 Jahre vergangen sein, seit das Deutsche Reich das Gebiet von Deutsch-Südwestafrika zum deutschen Schutzbereich erklärt. In den 90er Jahren begann die Einwanderung in das fast menschenleere Land von Deutschland her, so daß um 1900 sich schon kleine evangelische Gemeinden bildeten. Die evangelischen Gemeinden, die in den ersten Anfängen von den seit den 40er Jahren im Lande arbeitenden Missionaren bedient und zusammengefaßt waren, beriefen einige Geistliche aus der Heimat, bauten Kirchen und Pfarrhäuser, schlossen sich dem Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin und traten unter sich zu Pastoralkonferenzen zusammen. Man durfte mit einer günstigen Entwicklung des Landes auch in kirchlicher Hinsicht rechnen. Die Okkupation durch die Südafrikaner und die ihr folgenden Ausweisungen brachten schwere Rückschläge. Seit 1923 setzte eine zahlmäßig nicht unbeträchtliche Einwanderung Deutscher ein, die die Gemeinden teilweise wieder verstarkten. Die Krise der Wirtschaft und die siebenjährige besondere Trockenheitskrise des Landes, die erst seit Beginn des Jahres 1934 gebrochen zu sein scheint, haben auch das kirchliche Leben schwer geschädigt.

Von den etwa 9–10 000 Deutschen, die zur Zeit in Südwestafrika leben, sind nicht ganz 7000 evangelisch. Die Zahl der Weißen Südwests (Deutsche, Buren, Engländer und andere) beträgt etwa 30 000. Die 7000 evangelischen Deutschen verteilen sich auf 13 Gemeinden. Die einzelnen Gemeinden sind für unsere Begriffe sehr groß. So hat der Pfarrer von Keetmanshoop einen Bezirk zu versorgen, der an die Größe des Landes Preußen heranreicht. Die 13 Gemeinden bilden seit 1926 die Deutsche Evangelische Synode von Südwestafrika, an deren Spitze der Landesspropst steht.

Südwest ist als Kolonialmandat der Südafrikanischen Union anvertraut, die die Verwaltung durch einen Administrator ausübt. Das Verhältnis der kirchlichen zu den staatlichen Stellen ist überall von beiden Seiten her durchaus loyal. In Grundfragen ist großes Entgegenkommen des Staates festzustellen. Die Geistlichen benutzen bei dienstlichen Anlässen die Staatsbahn zum halben Fahrpreis; auch sind sie überall staatliche Ehelehrungsbeamte. Jemand welche staatliche Geldmittel stehen aber den Kirchengemeinden nicht zur Verfügung.

Das deutsche Schulwesen in Südwest ist

im Vergleich zu anderen deutschen Schulen in ganz Afrika weitaus das beste. Zwei höhere Schulen, eine private in Windhuk und eine staatliche in Swakopmund, führen bis zum deutschen Abiturientenexamen. Das kirchliche Leben hat in den letzten Jahren durch die wirtschaftliche Not sehr gelitten. In Lüderitzbucht und Tsumed herrscht durch Einstellung der Diamantenförderung und der Kupferminen bittere Arbeitslosigkeit. Keetmanshoop leidet stark unter Abwanderung der deutschen Handwerker. Karibib ist durch Verlegung von Regierungsbehörden ein toter Ort geworden. Das geschäftliche Leben stagniert überall im Lande, das Vieh der Farmer erlag zu Tausenden der Trockenheit. Nicht nur, daß unter solchen Verhältnissen die Kirchenbeiträge zurückgehen müssen, sondern die Farmer sind auch gezwungen, mit ihrem Vieh auf der Suche nach Weide im Busch umherzuziehen und ihre Autos abzumelden. Sie können also die Gottesdienste nicht mehr besuchen, denn die Fahrt mit der Kutsche über 30, 40 und mehr Kilometer ist bei dem Zustand des Zugviehs unmöglich. An einer Reihe von Orten konnte im letzten Jahr kein Gottesdienst gehalten werden. Da Mangel an Mitteln manche Farmer zwingt, ihre Kinder aus den Schulorten und den Pensionskliniken nach Hause zu nehmen, ergeben sich auch große Schwierigkeiten für den kirchlichen Unterricht.

Bei der Weitläufigkeit des Landes, das nur von einer Hauptseebahn mit einigen Nebenstrecken durchzogen wird, müssen die Geistlichen unbedingt über moderne Verkehrsmittel verfügen. Auf günstig gelegenen Farmen müssen regelmäßige Farm- oder Feldgottesdienste gehalten und jede Farmerfamilie muß regelmäßig besucht werden. Die Besuche durch die Geistlichen werden fast stets dankbar empfunden und führen oft zu seelsorgerischen Aussprachen. Der Kampf gegen die Sektenten, von denen in Südwest die Neuapostolischen und die Tannenberger sehr rührig sind, kann sich ja nur auf diesem Boden abspielen. Bei den Tagungen der volksdeutschen Organisationen, den sogenannten Deutschen Tagen, findet regelmäßig ein evangelischer Gottesdienst statt, an dem auch deutsche Katholiken teilnehmen. Taufen, Trauungen, Konfirmationen werden auf der Durchreise vom Geistlichen auf Farmen vorgenommen, oft sehr liebevoll und würdig von der Farmersfrau vorbereitet. Die Amtsreisen müssen so gelegt werden, daß gerade an Sonntagen Orte berührt werden, die für Gottesdienste, Kinderlehre und Konfirmandenunterricht günstig gelegen, d. h. von recht vielen leicht zu erreichen sind. In den größeren Orten, die städtischen Charakter haben, findet sich ein Stamm von treuen, am kirchlichen Leben teilnehmenden, immer wieder zu Opfern bereiten Gemeindegliedern.

Weithin lebt aber noch heute ein übertriebener Individualismus. Die Bildung von neuen Kirchengemeinden ist dadurch erschwert. Gleicher Schwierigkeiten sehen sich auch die volkspolitischen Organisationen gegenüber. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Geistlichen oft schwere Enttäuschungen erleben, die freilich oft auch wieder weitgemacht werden durch die Erfahrung großen Vertrauens und manche Frucht des Glaubens, die sich im Einzelfalle zeigt. So wurde z. B. für die Volksammlung „Brüder in Not“ von den evangelischen Gemeinden etwa 12 000 Schilling gespendet.

Die deutsche Jugend des Landes ist nur interkonfessionell im Pfadfinderbund und in der Hitlerjugend oder in den Mädchengruppen des Kolonialfrauenbundes und in dem Bund deutscher Mädchen zusammengekommen.

Aus den Zeiten der ersten Besiedlung des Landes, als weiße Frauen noch kaum hier waren und die Schutzregierung glaubte, durch Heirat von Weißen mit im Lande verwurzelten Bastardmädchen einen den harten Ansprüchen Südwests gewachsenen Siedlertypus schaffen zu können, lebt eine nicht unbeträchtliche Zahl von Rassenmischlingen im Mandatgebiet. Die Abkömmlinge dieser Rassenmischungen sind zum größten Teil innerlich und äußerlich heruntergekommen. Die Förderung solcher Ehen durch die Regierung war also ein schwerer Fehler. Immerhin hat eine kleine Anzahl dieser Familien sich gut erhalten. Sie waren bisher von den Weißen anerkannt. Neuerdings machen sich aber die Rassengrundsätze der nationalsozialistischen Revolution auch

hier stark bemerkbar. Die Nachkommen solcher Misshandlungen werden völkisch heimatlos.

Zum Zusammenhalten der evangelischen Deutschen in Südwest trägt die über ganz Süd-Afrika verbreitete Monatsschrift „Heimat“ bei. Auch der bereits zum fünften Mal erschienene Afrikanische Heimatkalender sucht das Zusammengehörigkeitsgefühl der evangelischen Afrikadeutschen zu festigen.

Mit Beginn des Jahres 1934 setzte nach furchtblicher Trockenheit, die das Land weitesten Regenzeit ein, wie sie seit dreißig Jahren in Südwest nicht erlebt wurde. So großen Schaden sie im einzelnen verursachte, so bedeutet sie doch die Rettung des Landes, das nun langsam wieder anfangt zu grünen und zu blühen. Farmer, Handwerker, Kaufleute fassen wieder neuen Mut. Auch eine kirchliche Belebung darf erwartet werden, wenn auch nicht unverkennbar ist, daß die Notzeit manchen empfänglicher für die Botschaft der Kirche gemacht hat.

pz

China will Fabriken bauen

Steigende Maschineneinfuhr ins Land der Mitte

London, Anfang April.

Ungeachtet aller politischen Erschwerungen, ungeachtet auch der Naturkatastrophen und der Räuberplage, die noch immer zu den schwierigsten Problemen Chinas gehört, macht das Reich der Mitte, das Land der 400 Millionen Menschen, immer bemerkenswertere Fortschritte auf dem Wege zur Schaffung einer geplanten Nationalwirtschaft. Die menschlichen Voraussetzungen für eine solche Wirtschaft sind in China stets vorhanden gewesen. Nicht umsonst gilt der Chine als ein tüchtiger und fleißiger Arbeiter. Es ist auch nicht von ungefähr, wenn in allen großen Hafenstädten des Fernen Ostens, ja bis nach Indien und Asien hinein, heute schon chinesische Kaufleute und Bankiers sitzen, die es dank ihrer Umsicht und Tatkräft, allerdings auch oft dank ihrer Struppellosigkeit, zu Vermögen und Einfluß gebracht haben.

Auch die sachlichen Voraussetzungen für den chinesischen Wirtschaftsaufbau sind durchaus vorhanden, denn dieses Land gilt ja als eine bisher noch gar nicht ausgenutzte und vielleicht fast unerschöpfliche Quelle aller möglichen Rohstoffe. Gerade dadurch zeichnet es sich auch vor Japan aus, das ja auf dem Gebiete seiner Inseln über die notwendigen Rohstoffe einer modernen Industrie nicht verfügt. Das schwerste Handicap für China bildet neben dem zerstörten Verkehrswesen die furchtbare politische Zerrissenheit. Die Anstrengungen der chinesischen Zentralregierung, die auf eine Besserung der Verkehrsverhältnisse gerichtet sind, verdienen aber starke Beachtung, wie überhaupt die Aktivität auf wirtschaftspolitischem Gebiet von allen am Geschäft mit China interessierten Ländern mit Wachsamkeit verfolgt werden muß.

Die Statistik der chinesischen Ein- und Ausfuhr zeigt in den letzten Jahren bemerkenswerte Veränderungen. Gewiß ist auch China von der allgemeinen Wirtschaftskrise mit erfaßt, einer Krise, die sich im Fernen Osten im Zusammenhang mit der besonders heftigen Entwertung des Silbers in verschärfter Form ausgewirkt hat. Darum wird man den Rückgang gewisser Einfuhrwerte vorsichtig beurteilen. Trotzdem aber kündet sich ein Umschwung grundzäglicher Natur an. So ist die Einfuhr von fertigen Textilwaren um 60 Pro-

zent gesunken, 1932 mit 1929 verglichen. Dagegen stieg die Einfuhr von Rohbaumwolle von 1,6 auf 4,6 Milliarden (1921 gegen 1931). Der Import von Zigaretten und bearbeitetem Tabak ging auf fast ein Viertel von 8,3 auf 2,9 Milliarden zurück, ebenfalls im gleichen Zeitraum. Dagegen stieg die Einfuhr von Rohtabak von 212 000 auf 1,25 Millionen Tons (1921 gegen 1931). Eine Betrachtung der Ausfuhrziffern ist ebenso ausschlußreich. Es ergibt sich, daß China 1921 rund 71 000 Ballen Seidring und andere Baumwollstoffe ausführte, während 1931 nicht weniger als 1,5 Millionen Ballen in den chinesischen Seehäfen nach dem Ausland verfrachtet wurde. Nicht allein die Textilien, sondern auch andere Waren spielen mit den Jahren in steigendem Maße eine bedeutende Rolle in der chinesischen Ausfuhr. Druckwerke, Papier, Papiere, Emalle, Zement, Zigaretten, Papier, elektrische Lampen und andere elektrische Haushaltsgegenstände gehören dazu.

Einmal ist diese Entwicklung darauf zurückzuführen, daß in der chinesischen Bevölkerung selbst eifrig dafür geworden wird, chinesische Waren zu kaufen. Auf der anderen Seite zeigt aber eine genauere Betrachtung und Analyse der Ausfuhrziffern, daß China auf dem besten Wege ist, sich aus einem Einfuhrland für Gebrauchsgüter in ein Einfuhrland von Kapitalgütern zu verwandeln. Nicht mehr Hemden, Stoffe und andere Bedarfsgegenstände des täglichen Gebrauchs werden in den chinesischen Häfen gelöscht, sondern Maschinen, Installationen, Ausrüstungsgegenstände für Fabriken. Damit geht China schließlich nur den Weg, den auch andere Länder vor ihm schon gegangen sind. Über gerade diese Umstellung im chinesischen Geschäft ist fast alle die Länder von höchstem Interesse, die einer Ausfuhr nach China auch fernherin teilhaben wollen. Es wird sich darum handeln müssen, sich in der rechten Weise in China einzuführen und Reklame zu machen, so wie es etwas von den Amerikanern in großer Menge geschieht. Gewiß ist das leichte Ziel der chinesischen Regierung eine Entfaltung der eigenen Wirtschaftskräfte Chinas. Über erkennen es bis dahin noch ein weiter Weg, und zweitens kann China die Hilfe von anderen, insbesondere weiter entwickelten Ländern dabei gar nicht entbehren.

Bielitzer Theaterbrief

Passionsspiel

Es gehört für den Posener, den der Weg an den Fuß der Beskiden führt, zu den größten Erlebnissen, hier in Bielitz eine Stadt zu finden, die stärker als sonst eine Stadt in Polen ihr deutsches Gepräge gewahrt hat. Das gilt nicht nur für die in Stein erstarrten Zeugen der Vergangenheit, die wir ja in anderen Städten Polens ebenfalls finden, das gilt auch für das geistige Leben der Stadt, wie es sich dem Besucher darbietet. Mit den stärksten Eindruck aber vermittelt die Tatsache, daß diese Stadt bis in die Gegenwart eine deutliche Berufsbühne erhalten hat, die dank einer festen Theater-Gemeinde in diesem Winter sogar — trotz der in der Textil-Stadt sehr spürbaren Wirtschaftskrisen — ihren Spielplan von drei auf vier Aufführungen die Woche heraustzen konnte.

Was diese Bühne künstlerisch leistet, steht auf einer erstaunlichen Höhe. Das Bewußtsein dieser Stärke hat auch wohl zu dem Entschluß geführt, in der stillen Woche ein Passions-Spiel auf den Spielplan zu setzen. Den Mut zu diesem Entschluß wird man umso mehr bewundern müssen, wenn man nicht nur die besonderen künstlerischen Schwierigkeiten eines Passions-Spiels auf der Berufsbühne voll erkennt, sondern auch die besonderen Schwierigkeiten, die sich für ein solches Spiel aus der Zuhörer-Gemeinde dieser Stadt ergeben, in der ja das deutschsprechende Judentum eine sehr bedeutende Rolle spielt. Wollte man die Aufführung des Passions-Spiels — das von einem ungenannten Verfasser nach den Evangelien zusammengestellt ist — nur

von der absolut künstlerischen Seite her beurteilen, wie eine Theaterkritik es vor vielleicht noch anderthalb Jahren tun könnte, so würde sich zweifellos ein ungewöhnlich günstiges Gesamturteil ergeben. Regie, Bühnenbild, musikalische Verbindung, Einzelspiel, Zusammenspiel zeigten durchweg eine Höhe der Leistung, die weit über dem Niveau einer Provinzbühne steht. Als besonders eindrucksvoll wären vielleicht zu nennen die Gestalten des Pilatus und die des Herodes, auch die Gestalten der jüdischen Priesterschaft. Hier die hochgezüchtete weltmännische Kultur des allesbeherrschenden Römertums, die doch schon ihre Entmischung in der großen Weltenfrage: „Was ist die Wahrheit?“ offenbart, die darum zu einer wirklich verantwortungsvollen Entscheidung aus der Wahrheit nicht mehr fähig ist, dort der von Liebe-Zivilisation und ihren leiblichen und seelischen Gütern zerstörte Herodes, ein einziger zitterndes Nervenbündel voll wissenschaftlichen Überglaubens und Wundersehnsucht, das Spiegelbild der schon in offene Verwesung übergegangenen hellenistischen Spätkultur, und zwischen ihnen die fanatisch-gläubige, tiefe in der Tradition erstarrte und darum reaktionäre jüdische Priesterschaft.

In diesem Rahmen die lebenrettende Heilands-Tat des Westen-Revolutionärs, des Jesus von Nazareth. Aber hier versagt die kritische Sonde, wenn sie sich an die Bühnen-Gestalt dieses Jesus von Nazareth heranwagt. Es wäre sicherlich falsch, die Christus-Darstellung vom rein Schauspielerischen her zu beurteilen. Doch es zeigt sich an dieser Stelle die entscheidende Schwäche der ganzen Bielitzer Bühne, denn ganz offensichtlich läßt sich selbst bei stärkster Bejähung die Gestalt des Weltenteilandes nicht mehr mit den Mitteln der modernen Bühnenkunst bewältigen. Jeder Verfasser, durch auseinanderliegende Ausdrucksmitte der Gestalt des Hei-

landes und Gottesohnes gerecht zu werden, ist offenbar von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn die Gestalt und mit ihr das ganze Spiel wurzelt in einer unerschütterlichen Glaubenshaltung, die Spieler und Zuschauer in ihrem Bannkreis schweift. Gerade von der Gestalt des Jesu Christus her wird es deutlich, daß ein Passions-Spiel überhaupt nur möglich ist als ein Ausdruck des Glaubens, als Bekennnisspiel, als Mysterien-Spiel, wie das alte Mittelalter es geprägt hat. Die Lösung der Aufgabe auf dieselbe einzige möglichen Grundlage zu finden, ist in Bielitz nicht einmal versucht worden. Selbst die kulturellen Handlungen, die das Spiel bot, Fußwaschung, Abendmahl, die ein Mysterienspiel in den inneren Mittelpunkt stellen müßten, wurden aus Angst vor der völligen Leere, „sobald das Wort aufhört“, zur flachen Alltagsgedärde erniedrigt.

Wenn diese Kritik aber auch über die Einmaligkeit des Passionsspiels hinaus einen Sinn hat, so ist es dieser, daß, was am Passionsspiel am allerhärrtesten deutlich wird, lebhaft in gleicher Weise für jedes Bühnenspiel gelten muß. Nur dann wird das Theater mehr sein als Berufstheater einer kleinen Gesellschaftsschicht, nur dann wird das Theater wieder Ausdruck unseres pulsierenden Lebens sein und geben werden können, wenn es im ernsten Spiel unverbrüchlich wurzelt in der Glaubensbewegung unserer Gegenwart. Individualistische Bühnenkunst, die ohne die Grundlage der Glaubenseinheit sich glaubt herauswagen zu dürfen selbst an leichte Glaubensdinge, ist ein übel Erbe einer Bielitzer Bühne, der hier nicht überwinden müssen, um hineinzutreten in die große Ausgabe, die ihrer heute dringendste als je darstellt.

Danzigs wirtschaftliche Entwicklung und Polen

Danzig. Das Statistische Amt in Danzig hat soeben in einem Konjunkturbericht die wirtschaftliche Entwicklung Danzigs in den letzten fünf Monaten behandelt. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass sich auch in Danzig die Konjunktur unter dem Einfluss der Massnahmen der nationalsozialistischen Regierung weiter gebessert hat. Der Bericht hebt in erster Reihe die Verringerung der Erwerbslosen hervor und erwähnt die Tatsache, dass der Danziger Seeschiffahrtsverkehr unter dem Einflusse des Danzig-polnischen Handelsministers in der Berichtszeit insgesamt von 777 983 auf 853 395 N.R.T. gestiegen ist.

In dem Bericht konnten freilich verschiedene Umstände, die den auswärtigen Wirtschaftsverkehr Danzigs neuerdings wieder stärker belasten, noch nicht berücksichtigt werden. Es muss festgestellt werden, dass Polen unbeschadet der erfolgreichen politischen Befriedung — oder vielleicht gerade deshalb — den Kampf um die Behauptung des wirtschaftlichen Übergewichts über Danzig wieder in verstarktem Masse fortführt. Die Danziger-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, deren Ziel in erster Reihe die Befreiung des Danziger Warenverkehrs nach Polen von den ihm auferlegten Fesseln sein musste, haben noch immer keine Ergebnisse gezeigt. Der Danziger Hafenverkehr ist trotz einer gewissen Beliebung im Verhältnis zu Gdingen weiterhin im Rückstand. Ergänzend sei noch erwähnt, dass der Kohlenumschlag im Danziger Hafen im Februar gegenüber dem Januar um fast die Hälfte zurückging. Gleichzeitig hat Polen ausserordentliche Anstrengungen unternommen, um dem Hafen von Gdingen trotz des Abkommens mit Danzig auch für die Zukunft seinen Vorsprung vor dem Danziger Hafen zu sichern. Im Februar fanden im Beisein des polnischen Handelsministers in Gdingen Besprechungen zwischen den beteiligten behördlichen und wirtschaftlichen Kreisen über den weiteren Ausbau der Hafeneinrichtungen statt. Im Mittelpunkt dieser Besprechungen standen Pläne zur Industrialisierung und zum Ausbau des Handels in Gdingen, wobei man in erster Reihe an eine stärkere Heranziehung der privaten Initiative denkt. Ferner sollen die Gleisanlagen und verschiedene Umschlags-Einrichtungen weiter ausgebaut werden, und durch Vermehrung des Zollpersonals soll die Abfertigung der Schiffe beschleunigt werden. Im übrigen ist dieser Tage zwischen der polnischen Regierung und dem französisch-polnischen Hafenkonsortium ein Vertrag abgeschlossen worden, der neue Bauten im Hafen von Gdingen im Werte von 12–14 Mill. zł vorsieht. Wenn man diese Massnahmen im Zusammenhang betrachtet, so sind sie natürlich nicht dazu angetan, die Hoffnungen auf einen wirklichen gerechten Ausgleich zwischen Danzig und Gdingen zu beleben.

Diese Feststellungen bedeuten keine Kritik an der Danziger-polnischen Verständigung, sie beweisen im Gegenteil, wie notwendig es war, zu einer Befriedung zu gelangen und damit wenigstens gewisse Sicherungen gegen eine wirtschaftliche Erdrückung Danzigs durch seinen stärkeren Partner einzuschalten. Außerdem war die Bereinigung der Danziger-polnischen Beziehungen die Voraussetzung für die eingangs erwähnten inneren Aufbauten der Danziger Regierung.

Verlängerung des polnisch-sowjetischen Zoll- und Kontingentsabkommens

Warschau, 10. April. Am 1. April erschloss das im Oktober v. J. für ein halbes Jahr abgeschlossene polnisch-sowjetrussische Zoll- und Kontingentsabkommen, weshalb wegen einer Verlängerung desselben Verhandlungen aufgenommen wurden. Da von russischer Seite keine Neigung zu bestehen scheint, schon jetzt den polnischen Wünschen nach einem regelmäßigen Handelsvertrag nachzukommen, soll die Verlängerung für ein Jahr abgeschlossen werden, doch ist es möglich, dass Sowjetrussland zustimmt. Im Zusammenhang mit dieser Nachricht verlautet, dass die von gewisser polnischer Seite unternommenen Bemühungen, an Stelle des liquidierten „Sowpoltorg“ die Gesellschaft „Polros“ mit monopolistischen Handelsvollmachten zum Handel zwischen beiden Seiten vorzusehen, ihre Vereinbarungen mit Russen es vorziehen, ihre Vereinbarungen mit einzelnen Unternehmen unmittelbar zu treffen.

Deutschlands Erfolg auf agrarpolitischem Gebiet

ok. Wenn sich auch die günstigen Auswirkungen der mit der nationalsozialistischen Regierung in Deutschland eingeleiteten deutschen Agrarpolitik erst vom Jahre 1934 an ihrem Vollen Ausmaße offenbaren werden, so ist schon jetzt der Erfolg der neuen Agrarpolitik festzustellen. Die ersten Anzeichen des Erfolgs waren schon wenige Monate nach dem Beginn der neuen Bauernpolitik zu bemerken. Am deutlichsten drückte sich das für die besonders in der zunehmenden Kaufkraft der deutschen Landwirtschaft aus, die ganz besonders durch die Umsatzsteigerungen der Industrie für Landmaschinen und auch durch die Steigerung des Umsatzes und der Düngerproduktion in Erscheinung trat.

Die Steigerung der Verkaufsumsätze ist gegenüber dem Jahre 1932/33 eingetreten und wirkt sich zwangsläufig in der Gesamtwirtschaft aus, denn diese Summe wertet sich zum Teil in allgemeine Kaufkraftsteigerung um. Die Auszahlerseite hat sich darüber hinaus

nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung, um namhafte Beträge verringert. Die Bilanz der deutschen Landwirtschaft ist aktiver geworden.

Auch die neue Außenhandelspolitik mit ihrem Ziele einer weitgehenden Selbstversorgung der deutschen Volkswirtschaft tritt deutlich bei einer Betrachtung der Verbesserung auf agrarischem Gebiete zutage. Der Einfuhrüberschuss an Nahrungs- und Futtermitteln, der im Jahre 1932 noch 1,8 Milliarden Reichsmark betrug, wurde im Jahre 1933 auf rund 1,3 Milliarden RM gesenkt. Somit ist die Handelsbilanz um eine halbe Milliarde Reichsmark entlastet worden, und zwar nicht nur teilweise durch den Rückgang der Einfuhrpreise, sondern vielmehr zum grösseren Teile durch die Steigerung der inländischen Erzeugnisse.

Indirekter Handel Polens mit Litauen

Warschau, 9. April. Wie aus Wilna berichtet wird, sind aus Polen im März d. J. auf Umwegen nach Litauen 4 Wagons mit Konfektion und Textilwaren aus Lodz, Bielitz, Widzew und Bialystok, 3 Zisternen Petroleum und 3 Wagons verschiedener anderer polnischer Erzeugnisse versandt worden.

Bau eines neuen Holzhafens in Gdingen

Warschau, 9. April. Die Verladung von Holz in Gdingen hat bisher grosse Schwierigkeiten bereitet, da keine geeigneten Verladestellen im Hafen vorhanden waren und man die Verladung an 4 Punkten vornahm. Zwischen dem Seeamt und der polnischen Holzexportagentur der staatlichen Forsten ist jetzt ein Abkommen getroffen worden, nach dem ein neuer Holzhafen mit Lagerplätzen von 120 000 Quadratmetern errichtet wird. Ein Teil des Geländes wird bereits in diesem Jahre seiner Bestimmung zugeführt werden, da mit den Bauarbeiten bald begonnen wird. Der neue Holzhafen wird neben dem Kriegshafen errichtet.

Der Saatenstand in Polen

Warschau, 11. April. Nach den Mitteilungen des Statistischen Hauptamtes war der Stand der Saaten in Polen am 15. März folgender (5 = sehr gut, 4 = gut, 3 = mittel, 2 = mässig, 1 = schlecht): Weizen 3,1, Roggen 3,2, Gerste 3,1, Rübsamen 3,2 und Klee 3. Im Vergleich zum November v. J. ist der Stand von Weizen, Roggen und Klee unverändert geblieben, dagegen ist der von Gerste und Rübsamen etwas schlechter geworden.

Kontrolle der Verzinsung der Einlagen

dk. Das polnische Finanzministerium hat die Genossenschaften, die bankähnliche Geschäfte treiben, und weiterhin auch sämtliche anderen Genossenschaften angewiesen, ab 25. April d. Js. in ihren Lokalen an sichtbarer Stelle eine Tafel anzubringen, die den Zinssatz für Einlagen kenntlich macht. An jedem Kallenderquartalsletzten müssen die Genossenschaften dem Finanzministerium den Nachweis erbringen, wie hoch der Prozentsatz, den sie für Einlagen bezahlen, ist. Ferner wird von Zeit zu Zeit von eigens hierzu bestimmten Sparkassenverbänden und Banken öffentlichen Rechts eine Kontrolle über die Genossenschaften ausgeübt werden.

Deutsche Kraftwagen auf der Posener Messe

Der Reichsverband der deutschen Automobilindustrie verhandelt mit der Posener Messeleitung über die Beteiligung deutscher Auto- und Motorradfirmen. Die deutsche Kraftwagenindustrie beabsichtigt, auf einem gemeinsamen grossen Stand auszustellen. Das Interesse französischer, tschechischer und anderer Autofirmen ist dadurch stark gewachsen. Man erwartet, dass die Posener Messe bedeutende Transaktionen der Kraftwagenabteilung vermitteln wird.

Auch die grossen deutschen Elektrokonzerns werden auf der Posener Messe ausstellen. Im Zusammenhang damit ist mit einer verstärkten Beschickung der Messe durch die polnische Elektroindustrie zu rechnen.

Rückgang der Arbeitslosigkeit noch stärker verlangsamt

Warschau. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich in der ersten Aprilwoche weiter verlangsamt. Die Zahl der amtlich gezählten Arbeitslosen ist in dieser Woche nur noch um 2100 zurückgegangen und stellte sich damit am 7. 4. auf insgesamt 387 000. In der Hauptstadt Warschau ist sogar wieder eine kleine Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Ostoberschlesisches Unternehmen baut Wasserleitung in Indien

Kattowitz, 6. April. Die „Ferrum“ A.-G. in Kattowitz hat einen Auftrag zum Bau einer Wasserleitung in Pallisavol im Staate Trawancore in Britisch-Indien erhalten. Es sollen 2000 t Eisenrohren für hohen Druck für eine 20 000 PS erzeugende hydro-elektrische Turbinenanlage geliefert und eingebaut werden.

Märkte

Getreide. Danzig, 11. April. Amtliche Notierung für 100 kg in Gulden. Weizen 130 Pfd. zum Konsum, ohne Handel. Roggen, 120 Pfd. zur Ausfuhr 9,00. Roggen, neuer, zum Konsum 9,15. Gerste, feine, zur Ausfuhr 9,75–10,10. Gerste, mittel, lt. Muster 9,25–9,60. Gerste, 114 Pfd. 9,10. Gerste, 117 Pfd. 9,25. Viktoriaerbsen, prima 17–18,50. Roggenkleie 6,30 bis 6,40. Weizenkleie, grobe 7,50. Weizenschale 7,70. Hafer, neuer 7,85–8,25. Peluschenk 8–9. Wicken 8–9,25. Zufuhr nach Danzig in Wagg.: Roggen 12. Kleie und Oelkuchen 1.

Getreide. Posen, 12. April. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station Poznań.

Transaktionspreise:

Roggen	660 to	14.7.
	75 to	14,70
Roggenkleie	45 to	10,00
	90 to	18,00
Hafer	15 to	12,75

Richtpreise:

Roggen	14.50–14.75
Weizen	16.50–16.75
Braunerste	15.25–16.25
Gerste, 695–705 g/l	14.75–15.25
Gerste, 675–685 g/l	12.50–14.75
Hafer	19.50–20.50
Roggenmehl (65%)	25.25–27.50
Weizenmehl (65%)	10.25–11.00
Weizenkleie	11.50–12.00
Leinsamen	53.00–56.00
Senf	35.00–37.00
Sommerwicke	18.50–14.00
Peluschen	17.00–18.00
Felderbsen	25.00–30.00
Viktoriaerbsen	20.00–21.00
Folgererbsen	7.00–7.75
Blau Lupinen	9.00–10.00
Gelblupinen	11.50–12.50
Seradella	17.00–20.00
Klee, rot, roh	60.00–90.00
Klee, weiß	95.00–125.00
Klee, gelb, ohne Schalen	90.00–110.00
Klee, gelb in Schalen	30.00–35.00
Wundklee	90.00–110.00
Inkarnatklee	30.00–110.00
Timothyklee	25.00–30.00
Raygras	49.00–55.00
Speisekartoffeln	2.80–3.00
Kartoffellocken	14.00–15.00
Leinkuchen	20.50–21.00
Rapskuchen	14.50–15.00
Sonnenblumenkuchen	14.00–15.00
Sojaschrot	19.00–19.50
Blauer Mohn	42.00–48.00

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Hafer, Braunerste, Roggenmehl, Weizenmehl und Mahlgerste ruhig.

Gesamtrendenz: ruhig.

Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 1170 t, Weizen 860 t, Gerste 60 t, Hafer 120 t, Roggenmehl 53 t, Weizenmehl 15 t, Roggenkleie 330 t, Weizenkleie 115 t, Gerstenkleie 30 t, Viktoriaerbsen 35 t, Folgererbsen 15 t, blaue Lupine 15 t, Mais 6 t, Gemenge 5 t, Rottklee 17,5 t, Sänerne 19,3 t, Pflanzkartoffeln 205 t, Fabrikkartoffeln 120 t, Kartoffelmehl 1025 t, Dextrin 500 t, Sirup 5 t.

Getreide. Bromberg, 12. April. Amtliche Notierungen für 100 kg frei Station Bromberg. Transaktionspreise: Roggen 15 Tonnen 14,75, Weizen 20 Tonnen 17,25 zl. Richtpreise: Weizen 16,75–17,00, Roggen 14,50 bis 15,50, Mahlgerste 13,50–13,75 (schwach), Hafer 11,50 bis 12, Roggenmehl 65prozent 21,00 bis 22, Weizenmehl 65prozent 26–28,75, Roggenkleie 10,50–11, Weizenkleie, fein 10,50 bis 11,00, Weizenkleie, grob 11,50–12, Winterrappe 42–44, Peluschen 12–13, Felderbsen 16–18,50, Speiserbsen 19–20, Viktoriaerbsen 25–28,50, Folgererbsen 17–19, blaue Lupinen 6–7, gelbe Lupinen 7,50–8,50, Raps 42–44, Serradella 11–11,50, Gelbklee abgeschr. 90–110, Weissklee 70–95, Rottklee 160–220, Fabrikkartoffeln pro kg 0,16, Leinkuchen 21–22, Rapskuchen 14,50–15,50, Sonnenblumenkuchen 14,50–15,50, blauer Mohn 42–48, Senf 32–34, Leinsamen 50–55, Wicken 12,50–13,50, Winterrappe 42 bis 44, Kartoffelflocken 15–16, Speiserkartoffeln 4,50–4,75, Trockenkartoffeln 8,50–9.

Gesamtrendenz: ruhig. Gesamtumsatz: 2389 t.

Produktenbericht. Berlin, 11. April. Geringe Preisveränderungen und unbedeutende Umsätze sind weiterhin das Hauptkennzeichen des Getreidemarktes. Das Angebot in Brotgetreide auf Basis der Mühleneinkaufspreise ist weiter ausreichend, bei der gegenwärtigen Versorgungslage kommen aber nur vereinzelt Abschlüsse, hauptsächlich an die Provinzmühlen, zu stande. Am Mehlmarkt besteht weiter Kauflust, jedoch wird das Geschäft durch die wiederum erhöhten Mühlenoffer erschwert. In Hafer ist die Umsatztätigkeit am hiesigen Platz geringer geworden, an der Küste und an den Oderstationen bleibt das Preisniveau gut beibehalten. Das Angebot hat sich nicht verstärkt. Gerste in Industriestandorte zu gedrückten Preisen gefragt. Exporte sind auf gestriger Basis angeboten.

Vieh und Fleisch. Berlin, 10. April. Marktpreise für 1 Zentner Lebendgewicht in Reichsmark. Amtlicher Bericht. Auftrieb: Rinder 2049, darunter Ochsen 498, Bullen 622, Kühe und Färse 929, zum Schlachthof direkt 18, Auslandsrinder 11; Kälber 339, Auslandskühe 67; Schafe 4987; Schweine 20 486. Rinder: Ochsen: vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts, jüngere 33–34, sonstige vollfl., 31–32, fleischige 28–30, gering genährte 24 bis 26; Bullen: jüng. vollfl., höchst. Schlachtw., 30, sonstige vollfl. oder ausgemästete 27–29, fleischige 24–26, gering genährte 21–24. Kühe: jüng. vollfl., höchst. Schlachtw. 25–27, sonstige vollfl. oder ausgemästete 21–24, fleischige 16–20, gering genährte 11–15. Färse (Kalbinnen): vollfl. ausgemästete, höchst. Schlachtw. 32, vollfl. 28–30, fleischige 26–27, gering genährte 21–24. Fresser: mässig genährtes Jungvieh 18–24. Kälber: beste Mast- und Saugkälber 45–55, geringere Saugkälber 33–42, geringe Kälber 18–28. Lämmer, Hammel und Schafe: beste Mastlämmen (Stallmastlämmen) 43–44, beste jüngere Masthammel (Stallmasthammel) 41–42, mittlere Mastlämmen und ältere Masthammel 38–

